

ERINNERN FÜR DIE ZUKUNFT

Mitteilungsblatt des Bochumer Bürgervereins

Bochum, September 2010

Nr. 14



**Mendel-Stein vor der Synagoge auf
dem Erich-Mendel-Platz in Bochum**

Foto: I. Schneider

MASEL TOV

Wir grüßen alle unsere Leserinnen und Leser
zum NEUEN JAHR und wünschen
Gesundheit, Glück und Zufriedenheit.

ERINNERN FÜR DIE ZUKUNFT E.V. BOCHUM

Liebe Freunde und Förderer des Vereins
"ERINNERN FÜR DIE ZUKUNFT e.V."

Auch in der neuen Ausgabe unseres Mitteilungsblattes berichten wir über Ereignisse, die jüdisches Leben in Bochum in Vergangenheit und Gegenwart betreffen, über Projekte unseres Vereins und der Organisationen in Bochum, mit denen wir kontinuierlich zusammenarbeiten.

Die jüdische Gemeinde hat inzwischen ihr Restaurant „Matzen“ eröffnet, ein weiterer Schritt auf dem Wege der Öffnung der Gemeinde nach außen. Gerd Liedtke berichtet in diesem Heft darüber. Michael Rosenkranz, Mitglied der jüdischen Gemeinde, bemüht sich um den interreligiösen Dialog der Gemeinde mit den Vertretern der anderen monotheistischen Religionen in Bochum. Er berichtet darüber in einem lesenwerten Artikel. Manfred Keller, Vorsitzender des Evangelischen Forums Westfalen, beschäftigt sich seit Jahren mit dem früheren Bochumer Kantor Erich Mendel und dessen Verdienste um die synagogale Musik. Er berichtet in diesem Heft über zwei Schwerpunkte seiner Arbeit: Auf dem Erich-Mendel-Platz, direkt vor der neuen Synagoge gelegen, wurde in Anwesenheit von Oberbürgermeisterin Scholz eine Stele zur Erinnerung an den Kantor enthüllt. Zum zweiten Male fand in unserer Region die „Biennale: Musik & Kultur der Synagoge“ statt. In acht Konzerten in Bochum und in anderen Ruhrgebietsstätten wurde ein Einblick in die Geschichte der synagogalen Musik gewährt. Klaus Kunold berichtet in zwei Texten über die Arbeit des Bochumer „Bündnisses gegen Rechts“ bzw. über die Erinnerungsarbeit der VVN-BdA. In Herne wurde ein Holocaust-Mahnmal eingeweiht. Darüber berichtet Günter Nierstenhöfer. Schwerpunkt unserer wissenschaftlichen Arbeit ist weiterhin die Aufarbeitung des Schicksals der Bochumer jüdischen Familien. Dabei wird zunehmend die Rolle berücksichtigt, die diese Familien bei der Entwicklung der Stadt Bochum im 19. Jahrhundert und im ersten Drittel des 20. Jahrhundert spielten. Eine

Zusammenfassung der bisherigen Arbeit auf diesem Gebiet bietet das in diesem Jahr erschienene Buch von Hubert Schneider „Die *Entjudung* des Wohnraums – *Judenhäuser* in Bochum. Die Geschichte der Gebäude und ihrer Bewohner.“ Der Kontakt zu den Mitgliedern der alten jüdischen Gemeinde ist nach wie vor eine wesentliche Aufgabe für uns. Er findet seinen Ausdruck in telefonischen und brieflichen Kontakten.

Herzlichst

Ihre Redaktion

Inhaltsverzeichnis:

- H. Schneider:
Rückblick auf die Arbeit des Vereins 4
- H. Schneider
Ansprache 9. November 2009 12
- M. Keller:
Stele für E. Mendel eingeweiht 16
- G. Liedtke:
Matzen eröffnet 20
- M. Keller:
Musik der Synagoge neu entdecken 24
- G. Nierstenhöfer:
Vergessen verlängert das Asyl 29
- M. Rosenkranz:
Interreligiöser Dialog in Bochum 34
- K. Kunold:
65. Jahrestag der Befreiung 39
- K. Kunold:
Erinnerungsarbeit der VVN-BdA 41
- H. Schneider:
Der jüdische Friedhof an der Wasserstraße 44
- H. Schneider:
„Wiedergutmachung“ in Bochum 46
- Neue Bücher 61
- Impressum 63

Rückblick auf die Arbeit des Vereins.

Inhaltlich standen wieder mehrere Projekte im Mittelpunkt unserer Arbeit, die teils in eigener Verantwortung, teils in Kooperation mit anderen Veranstaltern geplant und durchgeführt wurden.

- Veranstaltung zum 9. November 2009: Wie in den Jahren zuvor, ist es auch im Jahre 2009 gelungen, die Arbeit verschiedener Organisationen im Arbeitskreis 9. November zu koordinieren. Sprecher dieses Arbeitskreises ist seit einigen Jahren Hubert Schneider. In zahlreichen Sitzungen, die auf Einladung der Jüdischen Gemeinde in deren Räumen stattfanden, wurde die Veranstaltung geplant und dann auch durchgeführt. Nach der Einweihung der neuen Synagoge im Dezember 2007 versuchen die Veranstalter, auch im Programm zum 9. November dieser Tatsache Rechnung zu tragen. Im Verlauf des Tages sollte ein Bogen von der Zerstörung der alten Synagoge zur Existenz der neuen Synagoge gespannt werden. 2009 standen die Gedenkveranstaltungen ganz im Zeichen der Erinnerung an die sogenannten „Kindertransporte“: 1939, vor 70 Jahren, hatte Großbritannien die Erlaubnis gegeben, dass ca. 10 000 jüdische Kinder in ihr Land einreisen konnten. Wohlgermerkt, den Kindern alleine, nicht deren Eltern, wurde die Einreise erlaubt. Auch aus Bochum überlebten so zahlreiche jüdische Jungen und Mädchen: Der Lehrerin Else Hirsch und der Gemeindehelferin Erna Philipp gelang es so, in 10 solcher Transporte auch Kinder ihrer Gemeinde unterzubringen. Doch nicht allen, die zunächst nach Holland gebracht wurden, gelang die Weiterreise nach Großbritannien. Der Einmarsch der deutschen Truppen in die Niederlande im Mai 1940 bedingte, dass viele der noch dort lebenden Kinder deportiert und ermordet wurden. Ein Bochumer Beispiel hierfür ist der kleine Heinz Lewkonja. Mit dem letzten Transport von

Holland nach England mit der MS Bodegraven – das Schiff wurde von den Deutschen bei der Abfahrt schon beschossen – im Mai 1940 gelang auch noch einigen Bochumer Kindern die Flucht. Eine Fotografie, die Ende Mai 1940 in einem Waisenhaus in Manchester gemacht wurde – sie wurde uns von Norbert Ripp, der auch auf dem Bild zu sehen ist – zur Verfügung gestellt, sind auch die Bochumer Jungen Bodo Salomons, Werner Davids und Horst Walter Adler zu sehen. Drei Schülergruppen hatten es in wochenlanger Arbeit unternommen, die Lebensgeschichten dieser Kinder und deren Familien zu recherchieren. Die Ergebnisse wurden, nach einer kurzen Einführung zu dem historischen Kontext der „Kindertransporte“ durch Hubert Schneider, auf der zentralen Veranstaltung zur Erinnerung an die Pogromnacht einer größeren Öffentlichkeit vorgestellt. Anschließend hatten die Teilnehmer der Gedenkveranstaltung die Möglichkeit, die neue Synagoge zu besichtigen. Dieses Angebot wurde wie im Jahr zuvor wieder so gut angenommen, dass es auch in den kommenden Jahren zu einem festen Programmpunkt am 9. November werden soll. Bereits um 15 Uhr hatten Klaus Kunold und Hubert Schneider sehr gut besuchte Rundgänge zu den in Bochum verlegten Stolpersteine durchgeführt. Auch diese Rundgänge sind inzwischen zum festen Bestandteil der Gedenkveranstaltungen zum 9. November geworden.

- Das Projekt Stolpersteine wurde 2009 fortgeführt: Am 30. Oktober war Gunter Demnig wieder in Bochum, verlegte 19 neue Steine. In einer Veranstaltung im Bochumer Stadtarchiv stellten die Paten ihre Rechercheergebnisse einer größeren Öffentlichkeit vor. Nach wie vor betreuen Andreas Halwer vom Stadtarchiv und Hubert Schneider die "Paten": Diese Betreuung beginnt mit der Auswahl der Personen, für die ein Stolperstein gelegt werden soll, wird fortgesetzt bei der konkreten Rechercharbeit. Die Arbeit

ist spannend und im positiven Sinne aufregend: Die Beschäftigung mit Einzelschicksalen führt Schüler und Privatpersonen hautnah an ein Thema heran, dem man ansonsten bestenfalls neutral gegenüberstand. Die "Paten" nehmen in vielen Fällen Anstrengungen auf sich (Archivbesuche, Zeitzugbefragung), von denen sie vor der Übernahme der Aufgabe keine Vorstellung hatten. Alle Betroffenen nähern sich somit auf sensible Weise einem großen Thema und einem Stück der Stadtgeschichte. Es ist politische Bildungsarbeit im besten Sinne. Die von den Paten verschriftlichten Rechercheergebnisse können demnächst im Internet nachgelesen werden.

- In das im Dezember 2007 eingeweihte Gemeindezentrum der jüdischen Gemeinde Bochum-Herne-Hattingen ist inzwischen das Leben eingezogen. Der Freundeskreis Bochumer Synagoge unterstützt die Gemeinde dabei, dieses Zentrum auch zu einem Ort der Begegnung zwischen Juden und Nichtjuden zu machen. Zahlreiche Veranstaltungen, Vorträge, Konzerte, zeugen davon. Auch unser Verein beteiligte sich in den vergangenen Monaten an dieser Arbeit. In einer Veranstaltung am 21. April 2010, durchgeführt in Kooperation mit dem Freundeskreis Bochumer Synagoge, dem Katholischen Forum und der Evangelischen Stadtakademie, setzte Hubert Schneider im Gemeindesaal seine Vortragsreihe „Jüdische Familien in Bochum – ihre Bedeutung für die Entwicklung der Stadt“ mit einem Vortrag über die Familie Freudenberg fort. Damit die russischsprachigen Mitglieder der jüdischen Gemeinde an dieser Veranstaltung teilnehmen konnten, wurde das Manuskript in die russische Sprache übersetzt. Anlässlich der Jahreshauptversammlung des „Freundeskreises Bochumer Synagoge“ am 29. April 2010 hielt Hubert Schneider im Gemeindesaal der jüdischen Gemeinde einen Vortrag zu dem Thema: „Die Regelung der sogenannten Wiedergutmachung in der Britischen Besatzungszone und deren Umsetzung in der Stadt

Bochum: Der Immobilienbesitz der jüdischen Vorkriegsgemeinde in Bochum. Beide Vortragsveranstaltungen waren gut besucht. Das Interesse an einer Besichtigung der Synagoge ist in der Bevölkerung sehr groß: Bisher wurden einige hundert Führungen durchgeführt. Sechs Leute führen abwechselnd die Gruppen, einer ist Mitglied der jüdischen Gemeinde, fünf sind Mitglieder des Freundeskreises, darunter auch Hubert Schneider. Die Gruppen – Schulklassen, Vereine, Einzelpersonen – melden sich bei der jüdischen Gemeinde oder bei städtischen Einrichtungen – zum Beispiel bei der Volkshochschule – an, die Führung übernimmt die Person, die an den gewünschten Terminen Zeit hat. Die gemachten Erfahrungen sind durchaus positiv, zeigen aber auch, wie gering das Wissen über jüdisches Leben in der Bevölkerung ist. Von besonderer Bedeutung sind vor allem die Führungen mit jungen Leuten. Dabei besteht die Hoffnung, dass diese Gruppen, wenn sie etwas erfahren über Judentum und jüdisches Leben, weniger anfällig sind für die Propaganda rechter Gruppierungen, die ihre Aktivitäten ja gerade auf Jugendliche ausrichten. In diesem Sinne sind solche Führungen durch die Synagoge auch politische Aufklärungsarbeit.

- Zahlreich sind unsere Aktivitäten in der Stadt: Regelmäßige Stadtführungen zum jüdischen Leben in Bochum (unter Einschluss der bisher verlegten "Stolpersteine") und auf dem jüdischen Friedhof wurden mit unterschiedlichen Gruppen durchgeführt. Eine Kooperation mit dem Katholischen Forum Bochum und der Evangelischen Stadtakademie hat dazu geführt, dass man dort solche Führungen fest in das Veranstaltungsprogramm aufgenommen hat.
- Hubert Schneider hielt nicht nur in der Synagoge, sondern auch bei anderen Gelegenheiten Vorträge: Am 24. November 2009 sprach er in einer Kooperations-

veranstaltung mit dem Katholischen Forum und dem Freundeskreis Bochumer Synagoge in der Evangelischen Stadtakademie zum Thema „Jüdisches Leben in Bochum vor 1933“. Er betonte dabei vor allem, wie fest verwurzelt die Mitglieder der Gemeinde in der Stadt waren, welche bedeutende Rolle sie als tätige Mitglieder der Gesellschaft, als Wohltäter und treibende Kräfte für die Entwicklung der Stadt spielten. Am 25. Februar 2010 sprach Hubert Schneider in der Evangelischen Stadtakademie – wiederum in einer Kopperationsveranstaltung mit dem Katholischen Forum und dem Freundeskreis Bochumer Synagoge – über „Schicksale jüdischer Kinder aus Bochum“. Am 28. Januar 2010 sprach Hubert Schneider im Gemeindesaal der Melanchthongemeinde über die Realisierung und die Bedeutung des Projektes „Stolpersteine“ in Bochum. Am 12. Februar 2010 lasen Susanne Schmidt und Hubert Schneider als Autoren in der Buchhandlung Janssen aus ihrem Buch „Leben im Abseits - Agnes und Wilhelm Hünnebeck aus Bochum.“ Das Buch wurde im letzten Mitteilungsheft vorgestellt.

- Einen hohen Stellenwert hat für uns nach wie vor der Kontakt mit den Überlebenden der alten Bochumer jüdischen Gemeinde. Briefwechsel und viele Telefonate zeugen davon. Sehr willkommen ist unser jährlich zum jüdischen Neujahrsfest verschicktes Mitteilungsblatt: Die Reaktionen zeigen, dass es gelesen wird. Diese Kontakte führen auch immer wieder dazu, dass uns Dokumente zu einzelnen Familiengeschichten zugänglich gemacht werden.
- Im Rahmen unserer Möglichkeiten beteiligen wir uns an Aktionen, wenn es um Öffentlichkeitsarbeit geht, die sich gegen Ausländerfeindlichkeit, Rechtsradikalismus und Neonazis richten. Einige Mitglieder unseres Vereins sind sehr aktiv im „Bochumer Bündnis gegen Rechts.“
- Regelmäßig bekommen wir Anfragen aus der Stadt oder

von außen, die Fragen nach dem früheren jüdischen Leben in Bochum betreffen. Wir sind hier zu eine festen Adresse nicht nur in unserer Stadt geworden. So wurde Hubert Schneider beispielsweise nach Castrop-Rauxel eingeladen, wo gerade darüber diskutiert wird, ob man sich an dem Projekt „Stolpersteine“ beteiligen soll. Hubert Schneider soll durch einen Bericht über die Bochumer Erfahrungen eine Entscheidungshilfe bieten. Der „Freundeskreis Bochumer Synagoge“ wird noch in diesem Jahr einen Bild- und Textband zur neuen Bochumer Synagoge veröffentlichen. Hubert Schneider ist an diesem Projekt mit zwei Textbeiträgen beteiligt. Eine Anfrage erreichte uns vom LWL-Museumsamt für Westfalen in Münster: Dort plant man eine Wanderausstellung: Gedenken an die Zeit des Nationalsozialismus in Westfalen – eine biographische Spurensuche. Unser Verein wird sich an diesem Ausstellungsprojekt mit einem Beitrag zur Familie Schmerler (Shulamith Nadir) beteiligen. Für den Begleitband zur Ausstellung wird Hubert Schneider einen Artikel zu Wilhelm Hünnebeck schreiben.

- Auch als Institution sind wir in Bochum präsent: Hubert Schneider arbeitet als Vorsitzender des Vereins mit im Beirat des Freundeskreises Bochumer Synagoge mit. Hier engagieren wir uns v. a. bei der Öffentlichkeitsarbeit, wenn es um die Geschichte der alten jüdischen Gemeinde geht.
- Im vergangenen Jahr hatten wir wieder Besuch von früheren Mitgliedern der alten jüdischen Gemeinde: Frau Silbermann kam aus Argentinien während einer Europareise für zwei Tage nach Bochum. Sie traf sich hier mit ihrer in London lebenden Enkelin, wollte dieser ihre Geburtsstadt zeigen. Sie wurde hier von Sabine Krämer, der zweiten Vorsitzenden unseres Vereins, und Herrn Liedtke, Vorsitzender des Freundeskreises Bochumer Synagoge, betreut. Aus Israel kam Herr Salinger für einige Tage nach Bochum, ein Nachkomme der Familie Lewkonja, der sich mit der Geschichte seiner Familie beschäftigt. Er

wurde von Herrn Friedrichsmeier, der eine Stolpersteinrecherche für die Lewkonjas erstellt hat, und von Hubert Schneider betreut.

- Zu den betäublichen Nachrichten des Jahres gehören Meldungen über den Tod von Mitgliedern der alten jüdischen Gemeinde. Durch Vermittlung von Hermann Brecher erfuhren wir verspätet, dass schon vor geraumer Zeit in Israel Herr Nadir – Ehemann von Shulamith Nadir (vormals Susi Schmerler) - verstorben ist. Er gehörte 1995 mit seiner Frau zu den Besuchern in Bochum. 2005 war es noch zu einer eindrucksvollen Begegnung in seinem Haus in Kfar Menachem bekommen. Damals hatte er Hubert Schneider wertvolle Dokumente aus dem Besitz seiner damals bereits verstorbenen Frau überlassen. Von einzelnen anderen Mitglieder der alten jüdischen Gemeinde kommt inzwischen die Post zurück, ohne dass wir sagen können, was der Grund dafür ist.
- Nach wir vor gilt: Wir sind im Internet zu finden. Unsere Adresse:
www.erinnern-fuer-die-zukunft.de

(Hubert Schneider)

Bei der zentralen Gedenkveranstaltung am 9. November 2009 hielt Hubert Schneider folgende Ansprache zum Thema „Kindertransporte“. Im Anschluss daran stellten Schülergruppen die von ihnen recherchierten Schicksale von dreien dieser Kinder vor.

Meine Damen und Herren, liebe Schülerinnen und Schüler, die Vorgänge der Pogromnacht vom 9./10. November 1938 wurden auch im Ausland registriert und kommentiert. Allein in den USA erschienen nahezu 1 000 verschiedene Leitartikel, in denen die Vorgänge in Deutschland aufs Schärfste verurteilt wurden. Zwar berief der amerikanische Präsident Roosevelt seinen Botschafter aus Deutschland zur Berichterstattung zurück, aber an der restriktiven Einwanderungspolitik änderte sich grundsätzlich nichts. Nachdem die britische Regierung von nichtjüdischen und jüdischen Organisationen auf die Vorgänge in Deutschland aufmerksam gemacht worden war, gab es mehrere Gründe für sie, Sammelvisa für eine zunächst unbegrenzte Anzahl von Kindern auszustellen: Zum einen fühlte das Land eine besondere Verantwortung gegenüber den Flüchtlingen aus Europa, da Palästina unter britischem Protektorat stand, man jedoch in Hinsicht auf die arabischen Staaten die diplomatischen Beziehungen nicht gefährden wollte und daher strenge Einwanderungsbeschränkungen für Palästina verfügte. Im Frühjahr 1939 wurde die Immigration nach Palästina sogar verboten. Überdies hoffte die Regierung – in ihrem Selbstverständnis als die Weltmacht des British Empire – mit dieser Aktion eine gewisse Vorbildfunktion auszuüben und andere Länder zur Nachahmung anzuregen. Nicht zuletzt war man sich der Verantwortung gegenüber der eigenen jüdischen Gemeinde bewusst, der man sich nicht entziehen wollte.

Dennoch war die grundsätzliche Einstellung gegenüber den jüdischen Flüchtlingen aus Europa eher zurückhaltend.

Man wollte auf keinen Fall den Eindruck erwecken, Großbritannien habe seine Türen weit geöffnet, um nicht noch

mehr Flüchtlinge anzuziehen und um zu vermeiden, dass sich die deutsche Regierung zu weiteren potentiellen Vertreibungen ermutigt fühlen würde.

Die Entscheidung, Sammelvisa an jüdische Kinder auszustellen, war vor der britischen Öffentlichkeit relativ leicht durchzusetzen: Kinder rufen bei dem größten Teil der Bevölkerung Mitleid hervor; vor allem geht von ihnen – zumindest für einen absehbaren Zeitraum – keine Gefahr für den Arbeitsmarkt aus; überdies war der Aufenthalt der Kinder zunächst nur als vorübergehend geplant, da man zum Zeitpunkt ihrer Ankunft fest davon ausging, dass sie später entweder in ihre Heimatländer zurückkehren oder in die USA und andere Länder weiteremigrieren würden

Meine Damen und Herren, liebe Schülerinnen und Schüler, wir erinnern uns heute an die Kindertransporte des Jahres 1939.

Mit der unter dieser Bezeichnung bekannten Aktion wurde im Jahre 1938/39 knapp 10 000 jüdischen Kindern aus Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei die Erlaubnis erteilt, über Holland nach Großbritannien auszureisen. Da diese Aktion sich auf Kinder und Jugendliche bis 16 Jahre beschränkte, mussten deren Eltern zurückbleiben - nur zum kleinen Teil wurden nach Kriegsende Kinder und Eltern wieder vereinigt: Den meisten Eltern war die Flucht aus Deutschland nicht mehr gelungen, sie wurden in die Vernichtungslager deportiert und ermordet.

Die Bewertung der Kindertransporte hängt von der Zeitperspektive ab: Heute sagen wir: Das war die einzige Chance, dass diese Kinder gerettet werden konnten. Damals war es eine einzige Katastrophe. Aus Bochum wissen wir, dass sich am Bahnhof herzzerreißende Szenen abgespielt haben. Eltern mussten ihre Kinder abgeben, nicht wissend, wohin sie kommen, ob sie diese je wiedersehen würden. Und die Kinder – auch das wissen wir aus Bochumer Überlebendenberichten – vor allem die älteren, mochten das anfangs noch als Abenteuer betrachtet haben. Aber spätestens nach wenigen Stunden

begannen sie, die Situation realistisch einzuschätzen. Hannah Deutch, eines der größeren Mädchen, das in einem solchen Transport war, berichtet, welche Mühe sie und andere Mädchen hatten, die kleineren Kinder schon im Zug nach Holland zu beruhigen.

In Bochum waren es vor allem die Lehrerin Else Hirsch und die Gemeindehelferin Erna Philipp, die sich darum bemühten, die Eltern davon zu überzeugen, ihre Kinder abzugeben. Bochumer Kinder und Jugendliche waren in 11 Transporten, die zunächst nach Holland gingen. Erna Philipp begleitete diese Transporte nach Holland, kehrte immer wieder nach Bochum zurück. Erst den letzten Transport – kurz vor Kriegsausbruch Ende August 1939 – benutzte sie zur eigenen Flucht. Nicht zuletzt dem Engagement von Else Hirsch und Erna Philipp ist es zu verdanken, dass unter den Opfer der Shoah aus Bochum relativ wenige Kinder und Jugendliche zu finden sind.

Die Überfahrt von Holland nach England, dem eigentlichen Ziel, brach mit dem Kriegsausbruch am 1. September 1939 ab. Zu diesem Zeitpunkt hielten sich viele Kinder, auch aus Bochum, noch in Holland auf. Nur ein einziges Schiff legte in Holland noch ab, sehr spät, fast zu spät: Am 14. Mai 1940, die deutschen Truppen hatten bereits mit der Invasion in die Niederlande begonnen, legte die SS Bodegraven in Holland ab, um 66 jüdische Kinder nach England zu bringen. Nicht alle dieser Kinder fanden einen Platz bei einer Familie, vor allem für die älteren Jungen war das schwierig. Sie wurden in Heimen untergebracht.

Durch Zufall erhielten wir im letzten Jahr eine Fotografie, aufgenommen Ende Mai 1940 in einem Heim in Manchester: Man sieht darauf eine Gruppe von Jungen mit einigen Betreuern. Sie alle waren mit der SS Bodegraven nach England gekommen.

Der heute in den USA lebende Norbert Ripp, in Bochum geboren, später nach Wanne-Eickel verzogen, hat uns dieses Bild geschickt, zusammen mit anderen Fotos und eigenen

Erinnerungen an die anderen Kinder.
Auf dem Bild sind noch weitere Kinder aus Bochum:
Horst Walter Adler, Werner Davids und Bodo Salomons.

Schülerinnen und Schüler verschiedener Bochumer Schulen haben sich in den letzten Monaten mit dem Schicksal dieser Bochumer Kinder beschäftigt. Was sie herausgefunden haben, werden sie Ihnen jetzt berichten.

(Hubert Schneider)

Stele für Erich Mendel eingeweiht - Stationenweg erinnert an die jüdische Geschichte Bochums

„Was lange währt, wird endlich gut.“ Wie wahr dieses Sprichwort ist, zeigte sich am letzten Junisonntag auf dem Erich-Mendel-Platz vor der Bochumer Synagoge. Eingeweiht wurde die erste Station des Weges „Jüdisches Leben in Bochum und Wattenscheid – Orte der Erinnerung“. Obwohl zeitgleich das Achtelfinal-Spiel der Fußballweltmeisterschaft Deutschland – England angepiffen wurde, hatten sich rund 150 Gäste auf Einladung der Evangelischen Stadtakademie Bochum zur feierlichen Übergabe eingefunden. Die Stele erinnert an Erich Mendel, der von 1922 bis 1939 Kantor der alten Jüdischen Gemeinde in Bochum war.

Pfarrer Arno Lohmann, der neue Leiter der Stadtakademie, begrüßte Vorstand und Mitglieder der jüdischen Gemeinde, die Oberbürgermeisterin Dr. Ottilie Scholz und Alt-Oberbürgermeister Ernst-Otto Stüber sowie Stadtbaurat Dr. Ernst Kratzsch und den Kulturdezernenten Michael Townsend. Einen besonderen Gruß richtete Lohmann dem leider durch Krankheit verhinderten Alfred Salomon aus, dem letzten unter den heute in Bochum lebenden Juden, der Erich Mendel als Lehrer an der Jüdischen Schule und als Kantor in der Synagoge noch persönlich gekannt hat. – Namentlich begrüßt wurden auch Dr. Hubert Schneider als Vorsitzender des Vereins „Erinnern für die Zukunft“ und Gerd Liedtke für den „Freundeskreis Bochumer Synagoge“.

Vor genau zehn Jahren hatte Dr. Manfred Keller, der damalige Leiter der Stadtakademie, die Idee zu diesem Projekt der Erinnerungskultur, das die ganze Geschichte der Juden in der heutigen Stadt Bochum umfassen soll. Ein Konzeptpapier wurde entwickelt und in einer zweisprachigen Broschüre – deutsch und russisch – veröffentlicht, damit auch die jüdischen Einwanderer den Reichtum jüdischer Geschichte in der neuen Heimat kennen lernen. Der Kulturausschuss der Stadt Bochum, dem das Konzept vorgestellt wurde, gab offiziell ein positives Votum ab.

Dennoch wurden andere Projekte der Gedenkkultur vorgezogen, nämlich solche, die sich auf die Shoah und ihre Opfer konzentrieren. Da die Stadtakademie diesen Projekten – etwa den vom Bochumer Stadtarchiv favorisierten „Stolpersteinen“ – keine Konkurrenz machen wollte, wurde der „Stationenweg“ zunächst auf Eis gelegt, natürlich in der Hoffnung, dass seine Zeit noch kommen würde.

Nun ist die Zeit da. Denn mehr und mehr entwickelt sich in den letzten Jahren das Bewusstsein, dass der enge und „schwarze“ Blick, der bloß die dunkle Zeit erfasst und Juden nur als Opfer darstellt, weder den jüdischen Menschen und ihren bedeutsamen Leistungen noch einer positiven Pädagogik des Erinnerns gerecht wird. Beispielhaft für den Umschwung in der gegenwärtigen Erinnerungskultur ist die grundlegende Neukonzeption der „Alten Synagoge“ in Essen, die bis zum Jahr 2007 eine typische „Gedenkstätte“ war und im Juni 2010 als „Haus der jüdischen Kultur“ neu eröffnet wurde.

Ganz in diesem Sinne betonte Pfarrer Lohmann in seiner Ansprache: „Die einzelnen Stelen des Stationenweges sollen uns allen und insbesondere jungen Menschen zeigen, dass es bereits seit Jahrhunderten ein bereicherndes Miteinander zwischen Juden und Menschen anderer Glaubenszugehörigkeiten in Bochum und Wattenscheid gegeben hat und bis heute gibt. Ohne die Verdienste unserer jüdischen Mitbürger ist die Bochumer Stadtgeschichte nicht zu schreiben. Wir dürfen nicht zulassen, dass Menschen über Plätze, durch Parks und über Straßen unserer Stadt gehen und nicht wissen, welch ein Schatz jüdischen Lebens mit diesen Orten verbunden ist. Die Stelen sind Orte einer bleibenden Wertschätzung für jüdisches Leben. Sie sind damit auch ein Widerspruch gegen jedes gefährliche Vergessen. In diesem Sinn errichten wir heute die erste Stele zu Ehren von Erich Mendel, und in diesem Sinn soll jede weitere noch zu errichtende Stele ein sichtbares Zeichen sein.“

Die Oberbürgermeisterin nahm den Faden auf: „Jüdisches Leben in Bochum ist viel mehr als nur die zwölf Jahre des unsäglichen Nazi-Gräuels“, so Dr. Scholz. Und dann zeichnete sie ein anschauliches Bild von Erich Mendel. Sie erinnerte daran, dass Mendel nach seiner Ausbildung 1922, gerade mal 20 Jahre alt, zum Kantor der jüdischen Gemeinde in Bochum und später auch zum Leiter der jüdischen Volksschule berufen wurde. Die Machtübernahme der Nationalsozialisten im Januar 1933 setzte seinem öffentlichen Wirken ein Ende. Mendel zog sich zurück und wurde zu einem leidenschaftlichen und kenntnisreichen Sammler jüdischer Musik. In seiner Bochumer Wohnung entstanden eine umfangreiche Fachbibliothek synagogaler Musik und ein Archiv mit zahlreichen Noten und wertvollen Noten-Handschriften. Außerdem veröffentlichte der Bochumer Kantor wissenschaftliche Beiträge zur Geschichte der Synagogenmusik und zur Musikpädagogik.

Nach diesem Blick auf das „erste Leben“ widmete sich die Oberbürgermeisterin auch dem „zweiten Leben“ des früheren Bochumer Kantors, der nach einer schlimmen Zeit im KZ Sachsenhausen Deutschland verließ. Über England emigrierte er in die USA, wo er 1941 in Philadelphia im Staate Pennsylvania eine Stelle als Chordirektor und Lehrer für synagogale Musik erhielt. Parallel dazu begann Mendel, der seinen Namen mittlerweile in Eric Mandell amerikanisiert hatte, seine in den Kriegswirren verlorene Sammlung neu aufzubauen und zu erweitern. Er ergänzte sie um jüdische Volksmusik, israelische Musik und um Lieder aus den Ghettos und Konzentrationslagern. Zum Schluss umfasste diese einzigartige Sammlung mehr als 15.000 Stücke. Bereits einige Jahre vor seinem Tod im Jahre 1988 übergab Mendel/Mandell die Sammlung der Musikbibliothek des Gratz-College in Philadelphia.

Dr. Manfred Keller schloss in seiner Rede nahtlos an die Ausführungen der Oberbürgermeisterin an, als er sagte: „In Europa findet sich keine vergleichbare Sammlung. Sie könnte in Bochum stehen, wenn Mendel nicht – wie mit ihm

Tausende anderer – zur Emigration gezwungen worden wäre.“ Anschließend appellierte Keller daran, die Texte und Bilder der Mendel-Stele nicht rückwärtsgewandt, sondern mit dem Blick auf Gegenwart und Zukunft zu bedenken, ein Wunsch, der insbesondere auch für die neuen Mitglieder der jüdischen Gemeinde gelte: „Die jüdischen Einwanderer, die in den letzten zwanzig Jahren nach Deutschland gekommen sind, stellen unter den Migranten insgesamt nur eine relativ kleine Gruppe dar. Sie sind aber eine Gruppe mit überdurchschnittlichem Bildungsniveau und mit großen künstlerischen Potentialen. Diese Menschen sollen Mut und Selbstvertrauen gewinnen, um eine eigenständige, erneuerte jüdische Kultur zu entwickeln.“

Musikalisch gestaltet wurde die Feier von „Bat Kol David“, dem Chor des Landesverbands der Jüdischen Gemeinden in Westfalen-Lippe unter der Leitung seines Dirigenten David Zapolski. Eigens aus diesem Anlass hatten die Sängerinnen und Sänger aus Dortmund drei synagogale Gesänge von Erich Mendel einstudiert. Dafür und für das anschließende Konzert im Saal der Synagoge dankte das Publikum mit anhaltendem Applaus.

„Was lange währt, wird endlich gut“. Die Mendel-Stele – mit Texten von Renate Blätgen, Manfred Keller und Arno Lohmann, gestaltet von der Grafikerin Renate Lintfert aus Dortmund und gefertigt von der Bochumer Firma Wilden – bildet den gelungenen Auftakt für ein anspruchsvolles Projekt zeitgemäßer Erinnerungskultur. Das „Dranbleiben“ und die gemeinsame Anstrengung haben sich gelohnt. Bleibt zu hoffen, dass alle, denen Pfarrer Lohmann den Dank der Evangelischen Stadtakademie für die erste Stele aussprach, sich mit gleichem Engagement für die Weiterführung des Projekts einsetzen. An Ideen herrscht kein Mangel. Nun gilt es, Spenden zu erbitten sowie Bilder und Texte für weitere Stelen zu besorgen und aufzubereiten. Auch Beiträge der „alten“ Bochumer Juden und ihrer Nachkommen in aller Welt sind sehr willkommen.

(Manfred Keller)

Matzen eröffnet

Mit der Überschrift spreche ich ein Thema an, das uns bereits seit langer Zeit beschäftigt. Für Vorhaben, die inhaltlich anspruchsvoll sind, von anderen Institutionen mitgetragen werden müssen und obendrein auch noch Geld kosten, braucht man einen langen Atem und Beharrlichkeit. Wenn dann am Ende das gewünschte Ergebnis zu sehen ist und dieses in der Öffentlichkeit auf positive Resonanz stößt, lässt die eigene Freude darüber den langen Weg kürzer erscheinen. Das wird in den nächsten Zeilen näher beschrieben.

Matzen

In der Planung der Synagoge und des Gemeindezentrums ist von Anfang an der Betrieb eines Restaurants vorgesehen gewesen. Der Gastraum und die Terrasse liegen rechts vom



Eingang der Synagoge und sind ohne weiteres für jedermann direkt zu erreichen.

Dass wir mit der Einrichtung des Restaurants und seiner Terrasse sowie der Aufnahme des Betriebes seit der Einweihung der Synagoge am 16.12.2007 so lange gebraucht haben, hat natürlich seinen Grund. Wichtig war zunächst, alle Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Gottesdienste gefeiert werden können, Religions- und Sprachunterricht erteilt wird, die sozialen Bedürfnisse der Gemeindemitglieder bedient werden, die Kinder und Jugendlichen, die Senioren, der Chor, die Bücherei ihre Räume haben, also das Leben der Gemeinde insgesamt sich entwickelt.

Die Planung des Gemeindezentrums und der Synagoge ist in erster Linie die Aufgabe der Gemeinde selbst gewesen. Sie hat dem Architekten Prof. Peter Schmitz gegenüber das gewünschte Gemeindeleben so beschrieben, dass daraus ein Raumprogramm entwickelt und gebaut werden konnte. Dass im Laufe der Zeit bauliche Anpassungen erforderlich werden, um veränderten Entwicklungen zu folgen, ist bei Juden nicht anders als bei Christen, also ein ganz normaler Prozess.

Bei der Einbindung der Jüdischen Gemeinde in das religiöse und gesellschaftliche Leben der Region müssen außer der Gemeinde auch die Politik, die Wirtschaft und die Bürgerinnen und Bürger insgesamt das gemeinsame Leben unterstützen. Der Freundeskreis Bochumer Synagoge sieht seine Rolle in diesem Zusammenhang darin, das bestehende Netzwerk der Einrichtungen der Erwachsenenbildung zu stärken und zu sinnvoll abgestimmten Veranstaltungen anzuregen. Neben der Jüdischen Gemeinde und unserem Verein „Erinnern für die Zukunft“ gehören diesem Netzwerk die Evangelische Stadtakademie, das Katholische Forum, die Familienbildungsstätten, die Stadtarchive, die Museen, die Hochschulen und die Volkshochschulen an. Ich bin sicher, dass ich den Kreis nicht erschöpfend beschrieben habe. Er ist offen, weil es keine geschlossene Gesellschaft sein darf. Unser

Ziel ist, durch Vorträge, Diskussionen, Seminare, Konzerte und Lesungen Menschen verschiedener Religion und kultureller Herkunft auf einander neugierig zu machen. Damit sollen Unterschiede nicht missionarisch egalisiert, sondern bewusst gemacht werden. Das zeigt den Reichtum der Vielfalt, vermittelt Kenntnisse über wenig oder nicht Bekanntes und fördert die gegenseitige Achtung. Für mich ist das die Grundlage für einen friedlichen und würdigen Umgang miteinander.

Was hat das alles nun mit **Matzen**, dem Restaurant an der Synagoge, zu tun? Ein Restaurant ist nicht allein der Ort, an dem Hunger und Durst zu stillen sind. Es ist auch eine Stätte der Begegnung, ein Platz, an dem Menschen sich treffen und in lockerer Atmosphäre das tun können, was ich in den vorangegangenen Absätzen als Ziel der Kommunikation beschrieben habe. Über den Besuch des Restaurants nähere ich mich der Gemeinde, der Synagoge und dem Judentum auf sehr behutsame Weise. Ich habe es selbst in der Hand, mich auf tiefer gehende Begegnungen einzulassen. Es ist die ausgestreckte, einladende Hand „unserer“ Juden, in ihr Haus zu kommen. Was ist das für eine schöne und ermutigende Geste!

Am 12.07.2010 ist **Matzen** „weich“ eröffnet worden. Damit hat eine Phase begonnen, in der die Gemeinde üben kann, mit diesem neuen Metier umzugehen. Die „harte“ Eröffnung ist zum Wiederbeginn der Schulzeit nach den Sommerferien, also Ende August/Anfang September vorgesehen. Von da an muss der Betrieb professionell laufen.

Ein Restaurant zaubert man nicht aus dem Boden. Da bedurfte es technischer Einrichtungen; Tische und Stühle für drinnen und draußen sind zu beschaffen; Öffnungszeiten waren festzulegen und personell abzudecken; die Speisekarte soll jüdisch, vielfältig und trotzdem für die Küche beherrschbar sein. Es gibt viele Helfer, die ihre Hände gerührt und ihre Geldbeutel geöffnet haben, um den heutigen Stand zu erreichen. Sie werden den aufgenommenen Betrieb begleiten, fördern, wenn nötig korrigieren, auf jeden Fall nicht allein lassen. Das ist eine Gruppe von Menschen, die Freude daran haben, das Restaurant in Gang zu bringen.

Es gibt noch eine zweite Gruppe, die sich zum Ziel gesetzt hat,

Es gibt noch eine zweite Gruppe, die sich zum Ziel gesetzt hat, **Matzen** mit Leben zu erfüllen. Hier sind Literaten, Kulturredakteure und Buchhändler am Werk, durch Lesungen Menschen zum Besuch einzuladen. Das Ziel ist immer dasselbe: Begegnung, Lernen, respektvoller Umgang miteinander.

Ich wünsche **Matzen** einen guten Start und große Resonanz in der Bevölkerung.

(Gerd Liedtke)

Musik der Synagoge neu entdecken

Biennale 2010 „Musik & Kultur der Synagoge“ im Ruhrgebiet
Jüdische Musik ist heute für viele Menschen in Deutschland gleichbedeutend mit Klezmer und Folklore. Nur wenige kennen die große Tradition synagogaler Musik, die bis in biblische Zeiten zurückreicht. Im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert erlebte die jüdisch-liturgische Musik europaweit eine besondere Blüte. Neben den Sologesang des Kantors trat der Chorgesang (zunächst nur Männerchöre) und – in Gemeinden der liberalen Richtung – auch die Orgel. Die musikalische Tradition, die sich aus unterschiedlichen ost- und westeuropäischen Quellen speist, wurde nach Jahrhunderten der mündlichen Überlieferung in diesem Zeitraum schriftlich fixiert. Außerdem wurden neue Melodien und Bearbeitungen im Stil der Zeit komponiert.

Als in der Pogromnacht 1938 die Synagogen niedergebrannt und durch die Shoah in Europa die jüdischen Gemeinden ausgelöscht wurden, ging diese Musikkultur fast verloren. Hier setzt das Projekt „Biennale: Musik der Synagoge“ des Evangelischen Forums Westfalen an. Es will die sakrale jüdische Musik in Erinnerung rufen und dazu beitragen, dass diese Musik neu belebt und kontinuierlich gepflegt wird.

Ausgangspunkt des ambitionierten Projektes, das mit Blick auf die Kulturhauptstadt RUHR.2010 entwickelt wurde, war die „Wiederentdeckung“ des bedeutenden jüdischen Kantors Erich Mendel. Geboren im münsterländischen Gronau, aufgewachsen in Herne, wirkte Mendel in Bochum von 1922 bis zur Pogromnacht 1938 an der Synagoge. Im Herbst 2008, siebenzig Jahre nach dem Novemberpogrom, veranstaltete das Evangelische Forum Westfalen (mit Sitz in Bochum) in Gelsenkirchen und Bochum drei Konzerte mit synagogaler Musik. Den Auftakt gestalteten "mendels töchter", ein junges Ensemble aus Münster, mit Werken von Erich Mendel und eigenen Kompositionen in der Tradition Mendels.

Nach der erfolgreichen Premiere im Herbst 2008 konnte in

durchgeführt werden, nun mit dem ambitionierten Titel „Musik & Kultur der Synagoge“. Die Chancen dafür, dem hohen Anspruch gerecht zu werden, standen gut. Denn das Vorhaben wurde ein offizielles Projekt der „Kulturhauptstadt Ruhr“. Sah das ursprüngliche Konzept des Evangelischen Forums Westfalen vor allem Konzerte und Workshops vor, so konnte nach den Vorstellungen der RUHR 2010 GmbH und dank ihrer finanziellen Unterstützung die Palette um Vorträge und Lesungen, Begegnungen und Besuche an jüdischen Orten sowie kulinarische Angebote und eine Ausstellung erweitert werden.

Den Auftakt machte Avitall Gerstetter aus Berlin, die vor wenigen Jahren Geschichte schrieb, als sie die erste jüdische Kantorin in Deutschland wurde. Sie gab ein Konzert am 9. Mai 2010 im Forum des Kunstmuseums Bochum. Kurz darauf, am 13. Mai, wurde in der Evangelischen Stadtakademie Bochum die Ausstellung „Neue Synagogen in Deutschland“ eröffnet. Die Fotoschau präsentierte sechzehn der interessantesten Synagogen, die in den letzten fünfzehn Jahren in Deutschland entstanden sind, darunter auch drei Neubauten im Ruhrgebiet: Duisburg, Gelsenkirchen und Bochum. Im Rahmen der festlichen Eröffnung, bei der auch ein koscherer Imbiss gereicht wurde, stellte der Kunsthistoriker Dr. Ulrich Knufinke die Traditionen und Entwicklungen der Synagogenarchitektur in Europa im 19. und 20. Jahrhundert vor.

Viel Beifall fand ein Konzert am 27. Mai in der Synagoge Dortmund, das vom „Syngagogal-Ensemble Berlin“ mit Kantor Isaac Sheffer und der Organistin Regina Yantian gestaltet wurde. Das Ensemble besteht aus Sängerinnen und Sängern, die den Berliner Opernchören angehören oder freiberuflich als Solisten arbeiten. Es ist in Deutschland das einzige Ensemble, das jeden Freitagabend, jeden Shabbatmorgen sowie an allen jüdischen Feiertagen die Liturgie von Lewandowski zum Klingen bringt – zu erleben in der schönen alten Synagoge Pestalozzistraße in Berlin.

Louis Lewandowski, einem der Begründer neuzeitlicher Synagogemusik, war am 6. Juli in Recklinghausen ein eigenes Symposium gewidmet. Den Auftakt machte Rabbiner Professor Dr. Andreas Nachama (Berlin), der Sohn des legendären Oberkantors Estrongo Nachama s.A., mit einem Vortrag zum Thema: „Louis Lewandowski – der Mendelssohn der Synagogemusik“. Darin zeigte er, dass Lewandowski altjüdische Traditionen mit der zeitgenössischen Musik verband, wobei ihm die Tonsprache von Felix Mendelssohn Bartholdy als Vorbild diente. Nach Vortrag konnten sich die Gäste im Jüdischen Gemeindezentrum in Recklinghausen an Köstlichkeiten aus der jüdischen Küche stärken, bevor das Symposium mit einem großen Konzert in der Recklinghäuser Christuskirche seinen Abschluss fand. Auf dem Programm standen Lewandowskis „Achtzehn liturgische Psalmen“ und seine „Festpräludien“.

Weitere Höhepunkte im Biennale-Zyklus 2010 waren die Konzertaufführungen des „Leipziger Synagogalchors“ unter der Leitung von Kammersänger Helmut Klotz in Essen und Gelsenkirchen. Wie bereits im Jahr 2008 so gaben auch in diesem Jahr wieder „mendels töchter“ und der Dortmunder Chor „Bat Kol David“ gut besuchte Konzerte. Das Münsteraner Ensemble, das sich der Pflege und Bewahrung des musikalischen Erbes von Erich Mendel verschrieben hat, gastierte an Pfingsten / Shawuot in der Dorfkirche Wengern. Gut einen Monat später gestaltete der Chor „Bat Kol David“ die Einweihung der Mendel-Steile auf dem Platz vor der Bochumer Synagoge (vgl. dazu in diesem Heft ...)

Über die Musik hinaus gehörte in diesem Jahr die Begegnung mit der jüdischen Literatur zum Inhalt der 2. Biennale: Musik & Kultur der Synagoge. So führte eine szenische Lesung von Joseph Opatoshus Erzählung „Ein Tag in Regensburg“ in der Synagoge Duisburg ins mittelalterliche Regensburg und lieferte einen Zeitspiegel der Vertreibung der Juden im Jahre 1519. Im „Literarischen Café“ stellten die Schriftsteller Vladimir Vertlib und Michel Bergmann ihre neuen Romane

vor, die sich mit Themen des jüdischen Lebens in der Gegenwart beschäftigen.

Neben dem musikalischen und literarischen Programm bildete die neue Reihe „Jüdische Orte“ einen weiteren Schwerpunkt der diesjährigen Biennale. In Bochum, Dortmund, Duisburg und Gelsenkirchen wurden geführte Besichtigungen in den Synagogen und auf den jüdischen Friedhöfen angeboten. Auch auf Stadtrundgängen konnten die Teilnehmer die immer noch erhaltenen, vielfältigen Spuren jüdischen Lebens im Ruhrgebiet entdecken.

Den glanzvollen Abschluss der Biennale 2010 bildete ein Konzert der Gruppe „Asamblea Mediterranea“ aus Stuttgart in der Dorfkirche Bochum-Stiepel. Das international besetzte Ensemble gestaltete mit seinem Konzertprogramm einen musikalischen Brückenschlag zwischen der aschkenasischen und der sephardischen Kultur. Im Anschluss an das Konzert bestand noch einmal Gelegenheit, im Gemeindehaus Stiepel einen Abend mit jüdischen Spezialitäten zu genießen. Die israelischen Köche Yoram und Shimon von einem jüdischen Restaurant in Düsseldorf verwöhnten ihre Gäste mit Lammfleisch, gefüllten Artischocken in Zitronen-Sauce, Süßkartoffeln in Knoblauch und Rosmarin sowie einem üppigen Salate-Buffer und als Dessert „Malabi“, eine Süßspeise mit Himbeersauce und Rosenwasser.

Kritisch bleibt anzumerken, dass nicht jede der vierunddreißig Veranstaltungen den Besuch verzeichnen konnte, den sie von ihrer Qualität her verdient hätte. Insbesondere die jüdische Beteiligung dürfte stärker werden. Für die Fortsetzung der Biennale im Jahr 2012 hat das Evangelische Forum Westfalen das Gebiet Ostwestfalen mit den Jüdischen Gemeinden in Bielefeld, Herford und Paderborn ins Auge gefasst. Die Zielsetzung aber bleibt erhalten: Mit dem Projekt „Musik & Kultur der Synagoge“ soll ein anspruchsvolles, internationales Musik- und Kulturprogramm gemeinsam mit den jüdischen Gemeinden und weiteren Kooperationspartnern realisiert werden. Darüber hinaus will

das Projekt die Basisarbeit in den jüdischen Gemeinden unterstützen, indem es Kantoren, Chöre und Instrumentalisten so fördert, dass sie eigenständig das große musikalische Erbe des europäischen Judentums fortsetzen können.

(Manfred Keller)



Kantorin Avital Gerstetter bei einem früheren Konzert
Quelle unbekannt

Vergessen verlängert das Exil, das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung

(Yad Vashem)

Ein beeindruckendes Erinnerungs-/ Mahnmal wurde am 29. Jan. 2010 in Herne eingeweiht unter der Teilnahme von Überlebenden der Shoah, Charlotte Knobloch, BürgerInnen und VertreterInnen aus Landes- und Kommunalpolitik.

Auf Initiative engagierter BürgerInnen, Organisationen und Parteien hatte der Rat der Stadt Herne am 13. Juli 2004 einen Beschluss gefasst, wonach er sich „für die Schaffung von Erinnerungsorten aussprach, an denen der Opfer der Shoah aus Herne und Wanne-Eickel gedacht wird“.

„Die Initiative ist vor allem den Menschen gewidmet, die die Zeit der Verfolgung überlebten und mit denen ich in den letzten 15 Jahren - oftmals auch hier vor Ort - in Verbindung stand“ so Ralf Piorr, Herner Historiker, der viele Anstöße für die Projekte in Herne / Wanne-Eickel gab und sie mit sehr viel Engagement begleitete - nicht nur beim zentralen Mahnmal, das jetzt auf dem Willi-Pohlmann-Platz am Kultur- und Bildungszentrum mitten in Herne erreicht wurde, sondern auch bei den „dezentralen Gedenktafeln, die an die Geschichte jüdischen Lebens in Herne und Wanne-Eickel erinnern“, wie es in einer Dokumentation zum Shoah-Denkmal zu lesen ist.

Seit 2004 wurden in Herne und Wanne-Eickel an 11 Orten von der Stadt Gedenktafeln als Stelen aufgestellt, die an jüdische Familien, die im Holocaust umgebracht worden waren, oder Orte jüdischen Lebens erinnern. Mit dem Projekt „Nahtstellen, fühlbar, hier“ und der Schaffung dezentraler Erinnerungsorte hat die Stadt einen Weg beschritten, den man im Bereich der ‚Erinnerungskultur‘ durchaus beispielhaft nennen kann“ so Oberbürgermeister Schiereck im Vorwort einer sehr ausführlichen und eindrucksvollen Veröffentlichung zum Shoah-Denkmal.

SchülerInnen Herner Schulen hatten sich mit ihren Lehrern, unterstützt von R. Piorr mit dem Schicksal der ehemaligen jüdischen Bürger unserer Stadt beschäftigt, in Archiven und bei Zeitzeugen geforscht. Die Ergebnisse wurden dann mit Fotos, anderen Dokumenten und Texten auf Edelstahltafeln mit einem besonderen Verfahren gedruckt, von der Stadt an den verschiedenen Orten gut sichtbar aufgestellt und bringen somit vielfach vergessenes Leben wieder in Erinnerung.

„Die jungen Menschen taten dies im Gedenken an die historischen jüdischen Gemeinden in Herne und Wanne-Eickel, in Erinnerung an die Menschen, an ihr Leben und Wirken und zugleich im Gedenken an die Opfer von Ausgrenzung, Verfolgung und Deportation. Wir sind damit ein kleines Stück auf dem langen Weg der Erinnerung vorangekommen“ so der Oberbürgermeister weiter.

Wichtig für viele junge Menschen, die sich mit dieser Vergangenheit auseinandersetzen, sind aber auch die Erfahrungen, die sie als junge Menschen in unserer heutigen Zeit erneut - wenn auch auf nicht vergleichbare Art - mit Ausgrenzung von Minderheiten oder Verfolgung und Abschiebung von Flüchtlingen machen.

Mit dem zentralen Mahnmal für die Opfer der Shoah soll ein weiteres wichtiges Zeichen gesetzt werden.

Es besteht aus einer senkrecht stehenden Platte aus hellem Beton, in die 410 durchsichtige ‚Okulare‘, davon 401 mit den Namen, Geburts- und Todestagen / -Orten - soweit bekannt - der Herner und Wanne-Eickeler vernichteten Juden eingetragen sind, sowie 9 Okulare „unbekannt“ stellvertretend für ungeklärte Schicksale. Unten in der Tafel ist in hebräischen Zeichen eingraviert der Spruch, der auch auf vielen jüdischen Grabsteinen steht „Ihre Seelen seien eingebunden in das Bündel des Lebens“. Auf diese Wand hin führt schräg, leicht ansteigend eine andere längere dunkle Betonplatte - einer Eisenbahnrampe nachempfunden - in der seitlich die Namen der Vernichtungslager / KZ-Orte einbetoniert sind. Da die Namen in den Okularen wegen der

Größe der in den oberen Reihen ohne Hilfsmittel (Leiter) leider nicht alle lesbar sind, wurde neben der Mahntafel eine Stele - ähnlich den anderen 11 im Stadtgebiet - aufgestellt, auf denen alle Namen einfach lesbar sind.

„Die Betonplatte stellt sich sperrig in den Weg. Ein aufrechter, massiger Widerstand im Sichtkorridor zwischen Häusern und Menschen. Der helle Beton ist nicht plan, er weist unregelmäßige Narben und Schlieren auf. Es ist nichts heil, schon gar nicht in der Geschichte. Am Kopf der Platte ist ein goldener Davidstern eingelassen. Auf der Gedenktafel befinden sich 410 Okulare. Sie wurden per Hand in einer Glasmanufaktur in Böhmen geformt. Bei 1400 Grad verflüssigt sich das Glas und mündet in seine endgültige Form. Verändert der Betrachter seine Position vor dem Denkmal, entsteht durch die Glaselemente ... eine Bewegung aus Licht und Schatten. Unsere Erinnerung ist nicht statisch, sie ist ein ständig wechselnder Dialog zwischen Vergangenheit und Gegenwart. In den Okularen befinden sich Glasronden mit Namen, Daten und Orten. Aus der Entfernung scheinen nur die verlorenen Buchstabenreihen der gesetzten -Schrift durch das Glas. Um zu erkennen, muss man näher treten, die einzelnen Inschriften in Augenschein nehmen. ... Das Licht in den Okularen, es wandert. Wir lesen die Namen. Im jüdischen Glauben wird der Toten gedacht, indem die Namen der Verstorbenen verlesen werden. ‚Ich möchte, dass sich jemand daran erinnert, dass einmal ein Mensch namens David Berger gelebt hat‘. schrieb David Berger in seinem letzten Brief, bevor ihn die Nazis 1941 in Wilna ermordeten. ... Die fünf Meter lange und leicht geneigte Rampe aus schwarzem Beton. Sie führt auf die Gedenktafel zu. Man muss sie beschreiten, um zu dem Okularfeld zu kommen. Es ist der beschwerliche Weg der Geschichte. Es stellt sich oft ein Gefühl der Fassungslosigkeit ein, wenn man anfängt, sich mit der Shoah zu beschäftigen. Diesen verstörenden Moment gilt es zu erhalten, nicht zu glätten oder in Rituale des Gedenkens zu kanalisieren“ so beschreibt Ralf Piorr seine

Eindrücke über das Denkmal.

Zu der Einweihung des Mahnmals am 29. Jan. begrüßte Oberbürgermeister Horst Schiereck neben einigen überlebenden ehemaligen HernerInnen aus dem Ausland auch Charlotte Knobloch, Präsidentin des Zentralrates der Juden in Deutschland sowie den damaligen NRW-Kulturstaatssekretär Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff. In z. T. sehr bewegenden Beiträgen berichteten die Gäste den ca. 120 HernerInnen, die zu der Feierstunde in die Volkshochschule gekommen waren von den eigenen Erfahrungen von Verfolgung, Überleben und Neuanfang bis hin zu wieder neuen positiven Kontakten in ihre alte Heimat Herne. Dazu gehören vor allem die Kontakte, die einige Emigranten mit Herner SchülerInnen weiterführen. Vor einigen Jahren besuchte Liesel Spencer aus den USA mit ihren Kindern Herne auf Einladung der Stadt. SchülerInnen und LehrerInnen der Erich-Fried-Gesamtschule hatten sich mit der Biografie ihrer Familie befasst und sie nach Briefkontakten persönlich in Herne treffen können und seitdem so enge Kontakte zu Liesel geknüpft, dass sie sie vor zwei Jahren in den USA besuchten. Für das Shoah-Mahnmal hatten aufgrund einer öffentlichen Ausschreibung 29 KünstlerInnen aus ganz Deutschland Entwürfe eingereicht. Eine Jury aus der ehemaligen Hernerin Channa Birnfeld, die jetzt in Hamburg lebt sowie Fachleuten aus Kunst, Politik und der Herner Sparkasse, deren Stiftung Kunst und Kultur das Mahnmahl wesentlich gefördert hat, hatten 3 Entwürfe in die engere Wahl platziert. Letztendlich entschied sich der Stadtrat in einer öffentlichen Sitzung für den jetzt realisierten Entwurf der Wuppertaler Künstler Gabriele Graffunder und Winfried Venne.

(Günter Nierstenhöfer)

Die Zitate entstammen der Broschüre der Stadt Herne „Erinnerungsorte Shoah-Denkmal - Zum Gedenken an die Opfer der Shoah In Herne u. Wanne-Eickel“ Eine Dokumentation von Ralf Piorr im Auftrag der Stadt Herne, Herne 2009. Ralf Piorr hatte u. a. seine historische Ausbildung an der Ruhr-Universität Bochum bei Hubert Schneider begonnen!



Shoa-Mahnmal in Herne
auf dem Willi-Pohlmann-Platz
Foto: Günter Nierstenhöfer

Der interreligiöse Dialog in Bochum-Querenburg

Als Ende der 1960iger Jahre die Ruhruniversität Bochum im südöstlichen Stadtteil Querenburg gebaut wurde, baute man direkt nördlich davon zugleich ein neues Wohngebiet: die Hustadt mit zwei kleinen Geschäftsbereichen sowie dem kath. Gemeindezentrum St. Paulus und dem Evangelischen Hustadt-Zentrum. Westlich schließt sich daran an das Anfang der 1970iger Jahre gebaute Uni-Center, ein großes Einkaufszentrum, verbunden mit Wohngebäuden und Studentenwohnheimen und einem gemeinsam genutzten Kirchenzentrum („Kirchenforum“) mit der katholischen Kirche St. Augustinus (genutzt auch von der Katholischen Hochschulgemeinde) und der evangelischen Apostelkirche (genutzt auch von der Evangelischen Studentengemeinde) (1; 4). Die Bewohner beider Wohnbereiche kamen aus zahlreichen Nationen hierher. Unter ihnen gibt es viele Muslime, die drittgrößte religiöse Gruppe in Querenburg. Schon während der Entstehung der Hustadt bildete sich ein Moschee-Trägerverein (2). Erst 1984 wurde dann jedoch die Khaled-Moschee in den Räumen einer ehemaligen Diskothek im Uni-Center gegründet. Diese Moschee-Gemeinde hat eine arabische Basis, hat jedoch auch zahlreiche nicht-arabische Mitglieder, weshalb die gemeinsame Umgangssprache Deutsch ist. Die 1953 gegründete, bis 1990 sehr kleine jüdische Gemeinde („Jüdische Kultusgemeinde Bochum-Herne-Recklinghausen“) spielte in den Anfangsjahren der Hustadt dort keine Rolle. Dies änderte sich, als nach 1990 auch in Bochum jüdische Kontingentflüchtlinge aus der zerfallenen Sowjetunion angesiedelt wurden, wodurch die Gemeinde stark anwuchs, sich 1999 von Recklinghausen trennte und als Jüdische Gemeinde Bochum-Herne-Hattingen in zunächst provisorischen, gemieteten Räumen in Bochum-Laer neu organisierte. So lebten seit den 1990iger Jahren in der Hustadt nun auch Mitglieder der jüdischen Gemeinde (5). Schon bald nach der Gründung der Hustadt kam es zu sozialen

Begegnungen der unterschiedlichen Bewohnergruppen, aus denen sich dann auch ein interreligiöser Dialog entwickelte:

Ab etwa 1970 trafen sich katholische und evangelische Christen zu einer ökumenischen Bibelarbeit, ursprünglich im Dezember gelegen, später in den November vorgezogen, dem **Christlichen ökumenischen Bibellesemonat**, bestehend aus einem Friedensgebet und drei aufeinanderfolgenden Bibelleseabenden, zu jeweils einem gemeinsamen Thema (3).

Ab etwa 1980 begannen dann christliche Frauen sich regelmäßig mittwochs im Paulushaus der katholischen Gemeinde zu treffen, meist Mütter mit Kindern, zum gemeinsamen Kaffeetrinken. Diese Treffen sollten helfen, Kontakte zu Frauen zu knüpfen, die normalerweise nicht in die Gottesdienste kamen und meist nichtakademischen Kreisen angehörten. Ab 1991 beteiligten sich an diesen **Müttertreffs** auch muslimische Frauen aus verschiedenen Ländern. Auch zu ihnen entstanden freundschaftliche Beziehungen. Man unterhielt sich nicht primär, aber unter anderem auch über religiöse Themen. Diese Treffs bestanden etwa 25 Jahre lang (3).

1980 gründeten zugleich auch drei miteinander befreundete Frauen mit Vornamen Elisabeth das „**Elisabeth Café**“, das etwa 20 Jahre lang bestand, - ein Gesprächskreis, der sich jährlich am 19. November, dem Namenstag der Hl. Elisabeth von Thüringen, im Paulushaus zusammenfand. Hieran nahmen ab 1997 auch Frauen aus der jüdischen Gemeinde teil, die seit kurzem in der Hustadt wohnten, meist Frauen mit bereits erwachsenen Kindern (3).

Seit Ende der 1980iger Jahre gab es außerdem den Gesprächskreis „**Deutsche Konversation**“, der sich jeweils am Montagmorgen in den Räumen der katholischen Gemeinde traf und an dem ab 1997 auch Mitglieder der jüdischen Gemeinde teilnahmen. Auch dies war nicht primär eine religiöse Veranstaltung. Es wurden allerdings gelegentlich kleine Referate gehalten, immer wieder auch zu religiösen Themen (3).

Rahmen der Feierlichkeiten zum 10. und 20. Jahrestag des Bestehens der Hustadt (1978 und 1988) hatte es jeweils nur innerchristliche ökumenische Gottesdienste gegeben. Als dann das 30-Jahres-Jubiläum bevorstand wurde von muslimischer Seite das Angebot der Teilnahme an einer interreligiösen Veranstaltung gemacht. Dies führte zur Bildung einer **offenen interreligiösen Diskussionsgruppe** mit Teilnehmern aus allen drei monotheistischen Religionen, die nicht nur den interreligiösen Beitrag für die Jubiläumsfeier 1998 erarbeitete, sondern auch beschloss, diese Arbeit fortzusetzen. Man vereinbarte Abendveranstaltungen zu gemeinsam beschlossenen Themen. Die Referenten kamen aus der Gruppe. Die Abende waren mit 20 und mehr Teilnehmern meist gut besucht (3).

Die Erschütterungen des II. Tschetschenienkrieges (1999-2000) (1) bewirkten ein **gemeinsames Friedensgebet der drei Religionen** am Sonntag, 26.03.2000, im Atrium des Kirchenforums, an dem viele Bewohner der Hustadt und des Uni-Centers teilnahmen (3).

Die im September 2000 im Westjordanland ausgebrochene sogenannte II. Intifada, der palästinensische Aufstand gegen die israelische Besatzung, bedingte dann jedoch das Fernbleiben der Vertreter der Moschee-Gemeinde von einem weiteren Friedensgebet am 5. November desselben Jahres, gewidmet dem Frieden im Nahen Osten (3). Die Zerstörung des World Trade Centers in New York am 11.09.2001 durch islamistische Attentäter bewirkte eine weitere Irritation im interreligiösen Dialog. Die muslimischen Teilnehmer sahen sich dem Generalverdacht der Anfälligkeit für terroristische Taten ausgesetzt und zogen sich, verletzt, aus der Gruppenarbeit zurück (3).

Doch die Kontakte brachen nicht gänzlich ab und bereits 2003 bildete sich ein neuer **Interreligiöser Arbeitskreis Querenburg (IAK Querenburg)**, wie er sich nun nannte, an dem sich die christlichen Orts- und Studentengemeinden sowie Vertreter der Khaled-Moschee beteiligten. Aus personellen

Gründen konnte die jüdische Gemeinde erst ab 2004 nach und nach wieder teilnehmen. Bei regelmäßig 2x jährlich stattfindenden Vorbereitungstreffen wird seither ein strukturiertes Jahresprogramm beschlossen mit Referaten, Podiumsdiskussionen und Veranstaltungen mit Schul- und Kindergartenkindern und deren Eltern. Die Einrichtung des Christlichen ökumenischen Bibellesemonats wurde mit einbezogen und ab 2006 dann auch nichtchristlichen Teilnehmern geöffnet (3). Mit einbezogen wurde auch der **Tag der offenen Moschee**, seit 1997 auf den 3. Oktober gelegt, den Tag der Deutschen Einheit. Außerdem lädt die Moschee-Gemeinde seit Jahren im muslimischen Fastenmonat Ramadan nach dem Fastenbrechen („**Iftar**“) zu gemeinsamen Mahlzeiten ein.

Seit 2007 kam es in Bochum zu bedeutsamen Veränderungen, die auch auf den IAK Querenburg Rückwirkung haben: Zurückgehende Kirchensteuereinnahmen infolge sich verringernder Mitgliederzahlen zwangen die beiden großen Kirchen zu Einsparungen an Personal und Räumlichkeiten. So schieden von christlicher Seite innerhalb kurzer Zeit wichtige Aktivisten im IAK Querenburg aus, deren Nachfolge noch offen ist (5). Durch Umzug aus den bisher beengten Räumen in ein neues Gemeindezentrum an der Castroper Straße im Dezember 2007 verbesserte sich die räumliche Situation der jüdischen Gemeinde. Nachdem am 23.08.2008 das Jubiläum „40 Jahre Hustadt“ unter Beteiligung des IAK Querenburg mit Vertretern aller 3 Religionen gefeiert wurde und der IAK dabei selbst auf ein nunmehr 10-jähriges Bestehen zurückblicken konnte (4), zog im Oktober 2008 dann auch die Khaled-Moschee aus ihren beengten Räumen um in ein von der muslimischen Gemeinde erworbenes und umgebautes Haus an der Ecke Querenburger-/ Wasserstraße und nennt sich seither Islamischer Kulturverein Bochum (5). Das gemeinsame Friedensgebet fand am 05.11.2009 dann erstmals hier statt unter starker Beteiligung jüngerer Mitglieder der Moschee-Gemeinde, die ein gewachsenes Selbstbewusstsein und eine dynamische

Teilnahmebereitschaft im Interreligiösen Arbeitskreis Querenburg spürbar machten (5).

Während der seit 2003 vorwiegend von Männern gestaltete IAK Querenburg sich in der geschilderten Weise entwickelte, führte die christliche und muslimische Frauenwelt in der Hustadt parallel immer wieder eigene interreligiöse Veranstaltungen durch wie etwa die unter dem Motto „**Gelebte Religion**“ durchgeführten Diskussionen am Frühstückstisch und die gut besuchten **christlich-islamischen Gebetsstunden**, die in den letzten Jahren im Paulushaus stattgefunden haben und auch weiterhin fortgesetzt werden sollen (3).

(Michael Rosenkranz)

Quellen:

- (1) <http://www.wikipedia.org>
- (2) Ahmad Aweimer. aweimer@t-online.de
- (3) Elisabetta Hofelich. elisabetta.hofelich@gmx.de
- (4) Fritz Heinke. Fritz.Heinke@ruhr-uni-bochum.de
- (5) Dr. Michael Rosenkranz. almiro@web.de

65. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg

Am 8. Mai 2010 jährte sich zum 65. Mal der Tag der Befreiung von Faschismus und Krieg. Bereits im Vorfeld dieses Jahrestages gab es im Bündnis „Bochum gegen Rechts“ Überlegungen, wie man diesen Tag würdevoll gestalten könne.

Felix Lipski, Überlebender des Ghettos in Minsk und heute Mitglied der Jüdischen Gemeinde Bochum-Herne-Hattingen, machte den Vorschlag, während eines Rundgangs auf dem Friedhof am Bochumer Freigrafendamm an den entsprechenden Gräbern der Opfer des Nationalsozialismus zu gedenken.

Die VVN-BdA Bochum nahm den Vorschlag auf und übernahm auch die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung der Veranstaltung: Der Kontakt zu den einzelnen Opfergruppen wurde hergestellt, die relevanten Ämter der Stadt informiert. Auf dem Friedhof wurden fünf Orte des Gedenkens festgelegt, die Personen bestimmt, welche an den jeweiligen Gräbern der Opfer in einer kurzen Ansprache gedenken sollten.

Am Freitag, den 7. Mai 2010, trafen sich die Teilnehmer der Veranstaltung am Haupteingang des Friedhofes Freigrafendamm.

Klaus Kunold, Kreisvorsitzender der VVN-BdA, begrüßte die Anwesenden. Er wies auf die Bedeutung des Tages hin, übermittelte auch die Grüße von Oberbürgermeisterin Dr. Otilie Scholz, die sich dafür entschuldigen ließ, dass Sie zu der Veranstaltung nicht kommen konnte.

Die *erste Station* des Gedenkweges war die Grabstätte des Franziskanerpaters Romanus Bange. Am Grab sprach Frau Renate Hagemeyer als Vertreterin von Pax Christi.

Am Gräberfeld 19, der *zweiten Station*, erinnerten Uli Borchers vom „Bündnis gegen Rechts“ und Felix Lipski an das Schicksal der hier bestatteten sowjetischen Zwangsarbeiter. Herr Lipski übersetzte den russischen Text der Gedenktafel.

Am Gräberfeld 19a, der *dritten Station*, erinnerten Annemarie Grajetzki (Frauen für den Frieden) und Klaus Kunold an die hier beigesetzten Zwangsarbeiterinnen verschiedener Nationen.

Mit den Worten *Blumen hier als Zeichen der Hoffnung für einen würdevollen Umgang miteinander, für eine Zukunft in Frieden und Gerechtigkeit* legte Annemarie Grajetzki an den Gräberfeldern 19 und 19a ein Blumengebilde nieder. Auch andere Personen legten von ihnen mitgebrachte Blumen nieder.

Am Ehrenrundplatz, der *vierten Station*, wurden 1947 die Urnen von ermordeten linkssozialistischen und kommunistischen Widerstandskämpfern beigesetzt. Günter Gleising, stellvertretender Vorsitzender der VVN-BdA Bochum und Ratsherr der Sozialen Listen im Rat der Stadt Bochum, würdigte die zentrale Lage dieses Platzes auf dem Friedhof, die, bedingt durch die Errichtung einer Gedenkstele 2008, neu gestaltet wurde.

Die Ehrengrabstätte von Fritz Husemann bildete die *fünfte Station* des Gedenkweges. Husemann, ehemaliger Reichstagsabgeordneter und Vorsitzender des Alten Bergarbeiterverbandes ist hier mit 19 anderen im Konzentrationslager umgekommenen sozialdemokratischen Nazigegnern beigesetzt. Hier sprach Thorsten Kröger, der 2. Vorsitzende der SPD-Unterbezirkes, Worte des Gedenkens.

Der Gedenkgang endete am Hochkreuz und dem Mosaik im Eingangsbereich des Friedhofes. Klaus Kunold sprach einige Worte zum Abschluss, bedankte sich bei allen Anwesenden für ihre Teilnahme.

Der Gedenkgang war eine würdevolle Veranstaltung für die Opfer der Nazidiktatur.

(Klaus Kunold/ Siegfried Evers)

Erinnerungsarbeit der VVN-BdA Bochum

Die Erinnerungsarbeit ist fester Bestandteil der Tätigkeit der VVN-BdA Bochum: Die Verbrechen der Nazi-Diktatur in Bochum sollen nicht vergessen werden.

In der „Schriftenreihe der antifaschistischen Geschichte Bochums“ erschienen zwischen 1982 und 2010 zehn Hefte. U.a. erschien 1993 die Broschüre *Die Verfolgung der Juden in Bochum und Wattenscheid*, 1998 das Heft *Zwischen Verdrängung und Spurensuche: Die Verfolgung der Juden in der Erinnerung der Bochumer Bevölkerung*.

Das Schicksal der nach Bochum verschleppten Zwangsarbeiter war schon früh ein zentrales Thema für die VVN - BdA.

Je länger der Zweite Weltkrieg dauerte, umso größer wurde der Arbeitskräftemangel in Deutschland, auch in Bochum. Menschen aus allen von Deutschland besetzten Ländern wurden nach Deutschland verschleppt, hier zu Zwangsarbeit und schlechtesten Lebensbedingungen gezwungen. In Bochum gab es ca. 135 Lager, in denen ca. 35 000 Kriegsgefangene und Zivilisten Sklavenarbeit leisten mussten. Viele von ihnen starben. Allein auf dem Friedhof am Freigrafendamm wurden 1613 Männer und Frauen aus den verschiedensten Ländern beigesetzt.

Bei den Lagern in Bochum handelte es sich um Außenlager zumeist des Konzentrationslagers Buchenwald. Sie unterstanden formal der SS, wurden aber auf Antrag von Industriebetrieben, vor allem der Rüstungsindustrie, eingerichtet.

In Bochum gab es drei große Außenlager des Konzentrationslagers Buchenwald:

- SS-Baubrigade III. Die etwa 50 Häftlinge wurden nach den großen Bombenangriffen auf Bochum im Jahre 1944 als Bombenräumungskommando eingesetzt.
- 650 Häftlinge, zumeist Juden, waren bei den Eisen- und Hüttenwerken an der Castroper Straße

untergebracht.

- Das größte Lager war an der Brüllstraße, gehörte zum Bochumer Verein. Hierher kamen am Juli 1944 vor allem Juden aus Ungarn, im November 1944 lebten hier 1 706 Menschen. Die Verstorbenen dieses Lagers wurden i.d.R. verbrannt. Nach der Zerstörung des Krematoriums wurden 52 gestorbene Juden auf dem jüdischen Friedhof an der Wasserstraße beigesetzt. Zum Bochumer Verein gehörten übrigens nach 12 weitere Zwangsarbeiterlager, zeitweise waren zwischen 25 und 40 Prozent der Arbeitskräfte Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen.

Die VVN - BdA bemühte sich immer wieder um die Aufstellung von Tafeln, die an das Schicksal der Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen erinnern sollten:

- Im August 2008 wurde im Eingangsbereich des Stadtparks eine Gedenktafel aufgestellt. An dieser Stelle hatte die Bochumer Gestapo im April 1945 kurz vor dem Einmarsch amerikanischer Truppen 20 Häftlinge durch Genickschuss ermordet. Das Projekt wurde von der Sparkasse Bochum finanziell unterstützt.
- Am 14. September 2008 übergab die Oberbürgermeisterin Frau Dr. Scholz den neugestalteten Ehrenrundplatz auf dem Friedhof Freigrafendamm mit einem Gedenkstein an die Öffentlichkeit. Verhandlungen der VVN - BdA mit Vertretern städtischer Einrichtungen waren vorangegangen. 1947 waren hier die Urnen von Widerstandskämpfern beigesetzt worden, der Platz war im Laufe der Jahre immer mehr verwahrlost. An der Veranstaltung im September 2008 nahmen neben der gestaltenden Künstlerin Frau Käthe Wissmann und Herrn Steinmetz Rütterhof auch zahlreiche Bochumer Parlamentarier und Vertreter der Verwaltung teil.

Zwei von der VVN - BdA initiierte Projekte sind noch nicht realisiert, aber deren Verwirklichung wird vorbereitet:

- Das Projekt Saure Wiesen. Hier stand ein Zwangsarbeiterlager des Bochumer Vereins, belegt war es mit Zwangsarbeitern zumeist aus der Ukraine und aus Russland. Nach dem Krieg lebten in den Baracken zunächst Leute, die ihre Wohnungen durch die Bombenangriffe verloren hatten. Später wurde das Gelände als Müllkippe für giftige Stoffe verwendet. Die seit August 2006 von der VVN - BdA mit der Stadt geführten Gespräche führten zu der Entscheidung, dass hier ein Gedenkort entstehen soll. Die Realisierung dieses Planes steht noch aus.
- Das Projekt Brüllstraße. Hier befand sich – wie bereits erwähnt – ab Juni 1944 ein Zwangsarbeiterlager des Bochumer Vereins, in dem vor allem ungarische Juden untergebracht waren. Das Gelände wird heute anderweitig genutzt, steht als Gedenkort also nicht zur Verfügung. Geplant ist jetzt, dass im Eingangsbereich zu diesem Gelände eine Gedenktafel und ein Gedenkstein angebracht werden soll. Die Finanzierung dieses Projekts ist im Moment noch nicht gesichert.

Die VVN - BdA wird sich weiter um die Realisierung der letzten beiden Projekte bemühen.

(Klaus Kunold)

Der jüdische Friedhof an der Wasserstraße¹

Auf dem 1918 eingerichteten jüdischen Teil des Kommunalfriedhofs an der Wasserstraße stehen Grabsteine aus einem Zeitraum von fast drei Jahrhunderten: Nach Auflassung der drei alten in Bochum gelegenen jüdischen Friedhöfe wurden die Grabmäler hierher versetzt. Vom ersten Friedhof am Buddenbergtor sind zwei Grabmäler aus der Mitte des 18. Jahrhunderts erhalten, von den beiden jüdischen Friedhöfen an der Friedhofstraße 51 bzw. 53 Grabmäler. Ihre Anlage, ihre Formen und Inschriften ermöglichen Einblicke in zentrale Inhalte und Wandlungen jüdischen Glaubens und jüdischer Frömmigkeit und sind aufschlussreiche Zeugnisse der wechselvollen Geschichte jüdischen Lebens in Bochum.

Zeigen die zahlreichen gut erhaltenen repräsentativen Grabsteine, die vor allem in den Gräberfeldern U, X, Y und V stehen, welche Bedeutung die hier beigesetzten Personen nicht nur im jüdischen Leben, sondern auch in der Stadt Bochum vor 1933 spielten, so fällt auf, dass in den hinteren Reihen des Feldes V die Grabsteine immer niedriger und unscheinbarer werden, bis hin zu den wenig kunstvollen Kissensteinen am Anfang der Reihe F. Im weiteren Verlauf dieser Reihe klaffen dann große Lücken, bis unvermittelt eine Folge gleichartiger Steine beginnt, die auch in der ganzen letzten Reihe zu sehen sind und sich bis in die Mitte der ersten Reihe von Feld W erstrecken. Eine Erklärung bietet die jüdische Geschichte Bochums in dem Jahrzehnt zwischen 1935 und 1945. Angesichts der öffentlichen Diffamierung, der zunehmenden Entrechtung und wirtschaftlichen Beraubung durch Berufsverbote und die sogenannte „Arisierung“ waren keine repräsentativen Grabmäler mehr möglich. Vielfach konnten überhaupt keine Steine mehr gesetzt werden.

¹ Siehe hierzu Manfred Keller/Gisela Wilbertz (Hg.): Spuren im Stein. Ein Bochumer Friedhof als Spiegel jüdischer Geschichte, Essen 1997.

Auf den in den Reihen V F 26 bis W A 13 stehenden einheitlichen Grabmälern aus hellem Ruhrsandstein stehen für unsere Ohren fremd klingende Namen, ausschließlich von Männern, die alle zwischen dem 5. Dezember 1944 und dem 16. März 1945 gestorben sind. Wie man nachlesen kann, handelt es sich dabei um Opfer des „SS-Sonderkommandos Bochumer Verein“, das zur Außenstelle des Konzentrationslagers Buchenwald gehörte. Es waren ungarische Juden, die, als es in Deutschland offiziell keine Juden mehr gab, in der zweiten Jahreshälfte 1944 als Zwangsarbeiter auch nach Bochum kamen, entweder direkt aus Auschwitz oder über Buchenwald. Nach der Zerstörung der Krematorien in Bochum und Essen wurden die toten Ungarn erdbestattet. 1965 wurden einheitliche Grabsteine gesetzt.

Geht man über das Gräberfeld W, stellt man fest, dass es nach 1945 kaum neue Grabmäler gibt: Es gab ja auch kaum noch Juden in Bochum. Das änderte sich erst in den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts: Durch den Zuzug von jüdischen Menschen aus der früheren Sowjetunion entwickelte sich wieder jüdisches Leben in Bochum. Die Gemeinde ist heute ungefähr so groß wie 1932. Ausdruck hierfür sind nicht nur die neue Synagoge am Erich-Mendel-Platz, sondern auch die zunehmenden Gräberreihen mit den Toten der heutigen jüdischen Gemeinde.

So legt der jüdische Friedhof Zeugnis ab über nahezu dreihundert Jahre Geschichte: nicht nur der Juden, sondern auch der Stadt Bochum.²

(Hubert Schneider)

² Dieser Artikel wurde im Gemeindebrief der evangelischen Melanchthon Kirchengemeinde Bochum – Juni-August 2010 – auf den Seiten 14 - 15 veröffentlicht.

Die Regelung der so genannten Wiedergutmachung in der britischen Besatzungszone und deren Umsetzung in Bochum. - Der Immobilienbesitz der jüdischen Vorkriegsgemeinde.

Vortrag Freundeskreis Bochumer Synagoge am 29. April 2010

Nach Ende des Krieges konnte niemand ernsthaft daran denken, dass Juden für die Nazigräuereien entschädigt werden könnten. Jeder Versuch dazu konnte nur eine symbolische Handlung bleiben. Denkbar war allenfalls eine materielle *Wiedergutmachung*. Und hier muss man sorgfältig unterscheiden zwischen der *Entschädigung der Person* und der *Rückerstattung von geraubtem Eigentum* - oder im Nazi-Jargon *arisiertem Vermögen*. Im Hebräischen verwendet man übrigens in diesem Zusammenhang nicht den Begriff *Wiedergutmachung*, sondern spricht schlicht von *Zahlungen* (*Shilumim*).

Nach Kriegsende erhofften sich die deutschen Juden von deutscher Seite eine Geste der Reue und Sühne. Da diese nicht freiwillig kam und da man in Deutschland hohe Rückforderungen – auch durch mittlerweile im Ausland lebende Juden – befürchtete, mussten die Besatzungsmächte nachhelfen. Zu einer ersten bundesweit verbindlichen Entschädigungsregelung kam es im sogenannten Bundesergänzungsgesetz von 1953, das 1956 vom Bundesentschädigungsgesetz abgelöst wurde. 1965 wurde dieses Gesetz zum BEG-Schlussgesetz erweitert. Vor 1953 kam es zu zonalen Regelungen, wobei in der US-Zone die ersten Gesetze erlassen wurden.

Die Geschichte der sogenannten Wiedergutmachung ist inzwischen sehr gut erforscht. Sie soll hier auch nicht nachgezeichnet werden. Ich möchte mich auf einen Sonderaspekt der *Rückerstattung von geraubtem Eigentum* konzentrieren und die Frage stellen: Was geschah mit dem

Eigentum der jüdischen Vorkriegsgemeinden, in diesem Falle mit dem Eigentum der jüdischen Vorkriegsgemeinde Bochum? Bevor ich jedoch dieser Frage im Detail nachgehe, möchte ich darstellen, wie diese Frage in der britischen Besatzungszone, in der Bochum ja lag, diskutiert und entschieden wurde. Zurückgegriffen habe ich dabei auf die Akten der jüdischen Nachkriegsgemeinde, die im Stadtarchiv Bochum und im NRW Staatsarchiv Münster lagernden Aktenbestände. Von Bedeutung war auch der private Nachlass von Siegbert Vollmann, dem ersten Vorsitzenden der Bochumer jüdischen Nachkriegsgemeinde. Dieser Nachlass befindet sich im Archiv des Vereins *Erinnern für die Zukunft e.V.*

Von der Entwicklung einer adäquaten rechtsstaatlichen Antwort auf die Enteignung und Ausplünderung der deutschen Juden während des Nationalsozialismus bis zum Beginn der konkreten Rückgabe der geraubten Güter waren die verschiedensten Hürden zu nehmen.

Bereits zu Beginn des Zweiten Weltkrieges gab es Pläne für Wiedergutmachungsforderungen des jüdischen Volkes an Deutschland für geplündertes Eigentum. Entsprechende Entwürfe wurden in Palästina, Großbritannien und in den Vereinigten Staaten formuliert. Ihre Entwürfe sahen die Entschädigung einzelner Opfer des Nationalsozialismus vor sowie die kollektive Entschädigung des jüdischen Volkes für den beispiellosen materiellen Schaden, das es erlitten hatte. Die Entwürfe wurden von jüdischen Organisationen in der ganzen Welt unterstützt. Auch als das Ausmaß der Vernichtung bekannt war, änderte sich der rein materielle Charakter der Forderungen nicht, denn es schien unmöglich, die Millionen von Menschenleben und das von den Nationalsozialisten verursachte Leid mit Geld aufzuwiegen.

Am 20. September 1945 legte Chaim Weizmann als Vertreter der Jewish Agency (JA), sie war 1921 gegründet worden und vertrat die Interessen der in Palästina lebenden Juden bei der

britischen Mandatsregierung vor dem Völkerbund, später der UNO, den Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion den ersten offiziellen Schadensersatzanspruch vor. Weizmann verlangte, dass das identifizierbare gestohlene Eigentum den ursprünglichen Besitzern, sofern diese überlebt hatten, oder jüdischen Organisationen und Einrichtungen zurückzugeben sei. Das übrige jüdische Eigentum sollte Vertretern des jüdischen Volkes übergeben und zur Wiedereingliederung der Opfer des Nationalsozialismus verwandt werden, wobei ein bestimmter Prozentsatz der von Deutschland gezahlten Entschädigung von der JA zur Rehabilitierung der Überlebenden und deren Ansiedlung in Palästina vorgesehen war. Dies war die Grundlage für die Reparationsforderungen, die sechs Jahre später vom Staat Israel an die Bundesrepublik Deutschland gestellt wurden.

Bevor es jedoch dazu kam, erließen zwischen 1945 und 1949 die westlichen Besatzungsmächte in ihren jeweiligen Zonen Rückerstattungsgesetze. Das britische Rückerstattungsgesetz, das für Bochum relevant war, wurde am 12. Mai 1949 verkündet. Dieses Gesetz umging jedoch ein zentrales Problem, welches immer wieder für Verzögerungen gesorgt hatte: Der Umgang mit Eigentum, für das es keine Erben mehr gab, war noch nicht eindeutig geregelt. Das Probleme der Benennung einer jüdischen Nachfolgeorganisation hatte schon 1947 eine Einigung zwischen Briten und Amerikanern in der Rückerstattungsfrage verhindert. Im Dezember 1948 war es so in der amerikanischen Zone zur Ernennung der Jewish Restitution Successor Organization (JRSO) als Nachfolgeorganisation gekommen. Zu diesem Zeitpunkt überwogen die Bedenken der Briten, dass Gelder aus der Rückerstattung zur Finanzierung einer illegalen Emigration nach Palästina missbraucht werden könnten, woran man als Mandatsmacht für Palästina aus Rücksicht auf die dort lebenden Araber kein Interesse hatte. Je mehr sich Großbritannien jedoch aus Palästina zurückzog, umso

weniger schien dieses Argument gegen die Einsetzung einer jüdischen Nachfolgeorganisation einsetzbar. Spätestens mit der Ausrufung des Staates Israel am 14. Mai 1948 und dem vollständigen Abzug britischer Truppen aus diesem Gebiet waren die bisherigen Bedenken hinfällig geworden. Nun waren es die Forderungen des polnischen Staates nach Rückgabe von Eigentum ehemaliger polnischer Staatsbürger die die Briten davon abhielten, eine jüdische Nachfolgeorganisation in ihrer Besatzungszone zu erlauben. Nach britischer Einschätzung hätten mit der Benennung einer ausländischen jüdischen Nachfolgeorganisation in logischer Konsequenz auch die Forderungen des polnischen Staates befriedigt werden müssen. Hier überschritten sich die Ansprüche einer jüdischen Nahfolgeorganisation mit den Ansprüchen des polnischen Staats auf Eigentum von Juden mit polnischer Staatsangehörigkeit. Dabei handelte es sich um erhebliche Vermögenswerte. Alleine in der sogenannten Polenaktion vom Oktober 1938 waren circa 17 000 Juden polnischer Staatsangehörigkeit aus dem deutschen Reich abgeschoben worden. In der britischen Zone stand mehr polnisches erbenloses Eigentum zur Disposition als in der amerikanischen Zone. Das Prinzip der Religionszugehörigkeit stand also mit dem der Nationalität in einem Konkurrenzverhältnis. Die Amerikaner hatten sich zugunsten des jüdischen Nachfolgeorganisation entschieden. Für diese Entscheidung mögen Gründe gesprochen haben, die sich aus der zunehmenden Blockkonfrontation ergaben. Ein Transfer von Geldern in einen Ostblockstaat war aus amerikanischer Sicht sicher nicht wünschenswert. Bei den Briten rief zudem die Vorstellung, dass im Ausland gegründete jüdische Organisationen erbenloses Eigentum in Deutschland im Auftrag von Juden außerhalb Deutschlands verwalten sollten, wenig Sympathie hervor. Sie favorisierten daher das Modell einer Nachfolgeorganisation nach deutschem Recht, die ihre Fonds zum Wohle aller Opfer innerhalb Deutschlands verwenden sollten.

1949 setzte in der britischen Administration ein Umdenken ein. Nachdem am 6. Mai 1949 Professor Norman Bentwich in seiner Eigenschaft als Präsident der United Restitution Organization (URO) im britischen Außenministerium vorstellig geworden war, um explizit für eine jüdische Nachfolgeorganisation zu werben, schickte die URO am 18. Mai 1949 ein ausführliches Memorandum nach London, in dem die wesentlichen Argumente für eine Nachfolgeorganisation nach amerikanischem Vorbild ausgeführt wurden: Der Kollektivanspruch ergab sich nach Ansicht der URO in folgerichtiger Konsequenz aus der Verfolgungsgeschichte. Unter den Verfolgten, so die URO, stellten nun einmal die Juden die größte Gruppe dar, und keine weitere Gruppe sei von der vollständigen Vernichtung bedroht gewesen. Aus diesem Grunde habe ein überwältigender Teil des nun erbenlosen Eigentums einstmals deutschen Juden und den ehemaligen jüdischen Gemeinden gehört. Nach Ansicht der URO sollte auch das Eigentum der ehemaligen jüdischen Gemeinden in Deutschland einer jüdischen Nachfolgeorganisation zur Verfügung gestellt werden. Im Gegensatz zu Gewerkschaften und kirchlichen Organisationen, die ihr Eigentum jetzt wieder übernehmen könnten, seien die jüdischen Gemeinden und Organisationen vollständig zerstört worden. Es wäre daher ungerecht, so die URO weiter, wenn das Eigentum ehemaliger jüdischer Gemeinden nun in einem generellen Fond aufgehen würde, der eine Nothilfe an alle Opfer der Nazityrannei auszahle. Viele Mitglieder ehemaliger jüdischer Gemeinden seien jetzt im Ausland auf die Hilfe der dortigen Wohlfahrtsverbände angewiesen. Es sei nicht zu rechtfertigen, wenn das jüdische Gemeindeeigentum jetzt nicht diesen Opfern zugute käme, sondern ausschließlich den wenigen überlebenden Mitgliedern der ehemaligen Gemeinden in Deutschland.

Es waren im Wesentlichen diese Argumente, aber auch rein

praktische Erwägungen, die ein Umdenken im britischen Außenministerium bewirkten. Ein führender Beamter, der zunächst gegen jüdische Organisationen gewesen war, gab jetzt zu bedenken: Die jüdischen Interessenvertreter hätten sich schon gegenüber der stärkeren amerikanischen Besatzungsregierung als durchsetzungsfähig erwiesen. Alle Anzeichen sprächen dafür, dass ihnen dies auch gegenüber den Briten gelingen würde. Weiterer Widerstand in dieser Frage sei also zwecklos. Der Beamte sah in der Einrichtung einer jüdischen Nachfolgeorganisation jetzt sogar Vorteile: Sie könne der britischen Militärregierung eine Vielzahl von Unannehmlichkeiten und Streitereien ersparen. Die jüdische Nachfolgeorganisation in der amerikanischen Zone habe nämlich begonnen, die ihr zurückgegebenen Friedhöfe wieder zu verkaufen, um Mittel für Wohltätigkeitszwecke und den Erhalt von Synagogen zu requirieren. Das sei ein heikles Geschäft, das in den Händen einer nichtjüdischen Treuhandorganisation zu neuen Streitigkeiten hätte führen können. Eine allgemeine Nachfolgeorganisation genösse auch in den anderen ihr dann anvertrauten Angelegenheiten nicht das volle Vertrauen jüdischer Interessenvertretungen. Hier seien weitere nicht so einfach zu schlichtende Konflikte voraussehbar.

Das britische Außenministerium änderte jetzt seine Haltung in der Frage einer jüdischen Nachfolgeorganisation in der britischen Zone. Die Forderungen Polens nach Herausgabe des Eigentums ehemaliger polnischer Staatsbürger waren nun kein Hinderungsgrund mehr.

Es sollte jedoch noch bis zum 4. Juni 1950 dauern, bis die neu gegründete Jewish Trust Corporation (JTC) von der britischen Militärregierung zugelassen werden konnte (im Dezember 1951 wurde diese Organisation übrigens auch für die französische Zone zuständig). Hierfür waren neben der Klärung zahlreicher Sachfragen auch erhebliche innerjüdische Konflikte verantwortlich.

Zwischen den verschiedenen jüdischen Interessengruppen

herrschte nämlich Uneinigkeit darüber, ob sich das Nachfolgerecht der britisch-jüdischen Treuhandorganisation auch auf das Eigentum der ehemaligen jüdischen Gemeinden erstrecken sollte, sodass der genaue Auftrag dieser Organisationen nicht abschließend definiert werden konnte.

Das Eigentum, um das sich der Streit entzündete, war zum Teil beträchtlich gewesen und umfasste neben Friedhöfen und Synagogen eine Vielzahl von Grundstücken und sonstigen Wertgegenständen. Der Anspruch der Nachfolgeorganisationen auf das Gemeindeeigentum scheint aus heutiger Perspektive durchaus berechtigt, denn von den einstmals blühenden Gemeinden in Berlin, Frankfurt und anderen deutschen Städten war nicht mehr viel übrig geblieben. Ein Großteil der Gemeindeglieder, die den Gemeinden zur Blüte verholfen hatten, war entweder ermordet worden oder ausgewandert. Gleichwohl hatten sich nach 1945 an vielen dieser Orte neue Gemeinden gegründet, die aus früheren Gemeindegliedern und ganz neuen Mitgliedern, meist aus dem Osten Europas, bestanden.

Auch diese Nachkriegsgemeinden erhoben einen Anspruch auf das Gemeindeeigentum, weil sie sich als Rechtsnachfolgerinnen der alten Gemeinden verstanden.

In Nordrhein-Westfalen schlug der Konflikt um das Gemeindeeigentum besonders hohe Wellen und trug mit dazu bei, dass sich die Ernennung der JTC bis auf weiteres verzögerte.

Auch hier erhoben die neuen Gemeinden einen Anspruch auf das Eigentum der vorherigen Gemeinden – und dies mit Erfolg, denn hier hatte der Landtag die Nachkriegsgemeinden ohne Anhörung der britisch-jüdischen Organisationen als Körperschaften des öffentlichen Rechts und damit als Rechtsnachfolgerinnen der alten Gemeinden anerkannt. Mit diesem Beschluss gingen in Nordrhein-Westfalen auch alle Eigentumsrechte auf die Nachkriegsgemeinden über, die insgesamt 2 900 Mitglieder zählten. Ob die Initiative des nordrhein-westfälischen Landtags als Akt der Versöhnung mit

den noch in Deutschland ansässigen Juden oder als geschicktes Manöver zu werten war, ist schwierig zu beurteilen, denn durch Ausschluss der ausländischen Nachfolgeorganisationen konnte ein Abfluss von Vermögen ins Ausland verhindert werden.

Erklärter Wille der britischen Militärregierung war es jedoch, einer jüdischen Nachfolgeorganisation – JTC – das Eigentum der alten Gemeinden zu übertragen. Die britische Militärregierung hob das Gesetz der Landesregierung von NRW auf. Den Briten schwebte eine Lösung vor, wie sie in der amerikanischen Zone zwischen der Jewish Restitution Succesor Organization (JRSO) und den Gemeinden in Baden – Württemberg erreicht worden war. Diesem Einigungsvertrag folgend hätte die JTC das gesamte Eigentum der aufgelösten jüdischen Gemeinden erhalten und unter fairen und angemessenen Bedingungen den Nachkriegsgemeinden all jenes Eigentum überschrieben, welches sie zum Erhalt und zur Förderung ihres Gemeindeleben benötigten.

Die Gräben zwischen den ausgewanderten Juden, die zur Prosperität der jüdischen Gemeinden beigetragen hatten und daher Anspruch auf das Eigentum erhoben, und denjenigen, die zurückgekehrt waren, überlebt und die neuen Gemeinden gegründet hatten, waren tiefer als es die britische Militärregierung erwartet hatte. Hinzu kamen Interessengegensätze zwischen den emigrierten deutschen Juden und ihren Organisationen in Großbritannien auf der einen Seite und den Vertretern amerikanischer jüdischer Organisationen auf der anderen Seite, die als Nichtverfolgte ganz andere Ziele anstrebten als die unmittelbar Betroffenen.

Die meisten nach Großbritannien geflohenen deutschen Juden schlossen sich der Ansicht ihres ehemaligen Oberrabbiners Leo Baeck an, der erklärt hatte, die Geschichte der Juden in Deutschland sei beendet. Man konnte daher nicht verstehen, warum überhaupt noch Juden in Deutschland blieben. Die Präsenz von Juden in Deutschland nach 1945

wurde als anormal und abscheulich empfunden. Stattdessen sollten sie möglichst schnell nach Israel emigrieren, auch um sie vor den Gefahren eines wieder aufflammenden Antisemitismus zu bewahren.

Der Einfluss der Organisationen der in Großbritannien lebenden deutschen Juden zeigte Wirkung: Unter der Schirmherrschaft der britischen Militärregierung kam es am 3. März 1950 zu einer Vereinbarung zwischen den Vorsitzenden der jüdischen Gemeinden in der britischen Zone und Vertretern der jüdischen Organisationen. Die Anwesenden erkannten die JTC mit all ihren Rechten auf das erbenlose, nicht beanspruchte Eigentum und auf das Gemeindeeigentum an. Zusätzlich wurde jedoch die Gründung eines Unterausschusses in der JTC vereinbart, der die Verfügungsgewalt über das Gemeindeeigentum erhalten und hierzu die Prinzipien, Regeln und Verfahrensweisen ausarbeiten sollte. Der Vorstand dieses Ausschusses setzte sich paritätisch aus Vertretern der jüdischen Gemeinden und Vertretern verschiedener internationaler jüdischer Organisationen zusammen. Auf diese Weise war die Rechtsstellung der JTC sichergestellt. Die britische Militärregierung konnte nun, da zwischen den verschiedenen Fraktionen über die JTC und ihre Rechte eine Einigung erzielt worden war, dazu übergehen, die JTC als jüdische Nachfolgeorganisation für die britische Zone offiziell zu ernennen. Im Laufe der darauf folgenden Rückerstattungsverfahren, in denen das Gemeindeeigentum eine Rolle spielte, konnten 900 Grundstücke zurückerstattet werden, darunter allein 620 Friedhöfe. Ein Teil des so von JTC eingenommenen Geldes sollte in einen Gemeindefonds eingezahlt werden, über dessen Verteilung eine eigens gegründete Treuhandgesellschaft, der *Jüdische Gemeindefonds Nordwestdeutschland*, entschied. Das Geld ging nicht an einzelne Gemeinden oder Landesverbände, sondern wurde einzeln an notleidende Gemeindeglieder

ausgezahlt. In diesen Fonds zahlte die JTC ungefähr zwei Millionen DM aus rückerstattetem Gemeindevermögen ein.

Auch in Bochum war bereits im Dezember 1945 die *Jüdische Religionsgemeinschaft Bochum* gegründet worden. Siegbert Vollmann, verheiratet mit der evangelischen Emmy, der im August 1945 krank aus dem Juden-Internierungslager in Berlin zurückgekehrt war, wurde zu ihrem ersten Vorsitzenden gewählt. Die Gemeinde hatte 1947 55 Mitglieder. 29 von ihnen waren die jüdischen Partner aus sogenannten *Mischehen*, die lange Zeit durch ihre christlichen Partner geschützt, dann aber Ende September 1944 in Arbeitslager bei Kassel und in Berlin oder nach Theresienstadt verschleppt worden waren, aber zumeist überlebt hatten. Hinzu kamen zehn vormals aktive Mitglieder der alten jüdischen Gemeinde, die die Verfolgung und Deportation überlebt hatten und zumindest zeitweise nach Bochum zurückkamen. Die übrigen Mitglieder waren *Displaced Persons*, die ursprünglich in Osteuropa gelebt hatten, jetzt zumindest zeitweise sich den neuen jüdischen Gemeinden anschlossen.

Siegbert Vollmann setzte seine ganze Kraft dafür ein, die kulturellen und religiösen Bedürfnisse der kleinen und armen Gemeinde zu befriedigen. Dabei galt es zunächst, den teilweise zerstörten Friedhof und die Leichenhalle wieder herzurichten. Die vielen Anfragen der Emigranten nach dem Zustand der Gräber ihrer Vorfahren konnte er bald positiv beantworten. Von den meisten Gräbern machte er Aufnahmen und schickte sie den Angehörigen. Im September 1947 fand in Bochum nach fünf Jahren erstmals wieder ein jüdischer Gottesdienst statt. Es war gelungen, in der Brückstraße 33b, im alten Amtshaus, einen Gebetsaal einzurichten. Dennoch war die Gestaltung des religiösen Lebens schwierig: Es fehlten kompetente Vorbeter und immer häufiger auch genügend Männer, um die für einen Gottesdienst notwendige Mindestzahl Zehn zu erreichen. So

kam es, dass es üblich wurde, jeweils in den umliegenden Gemeinden nur einen Gottesdienst durchzuführen: in Herne, Recklinghausen, Dortmund, Gelsenkirchen oder Bochum. Auch wurde es üblich, die religiösen Feste – Rosch Haschana, Channuka, Purim, Pessach – gemeinsam zu feiern. In den folgenden Jahren wurde die Bochumer Gemeinde immer kleiner: Einige der alten Menschen starben, andere verließen Bochum, emigrierten, besonders viele der Überlebenden aus den Lagern, die die Rückkehr nach Bochum nur als Zwischenaufenthalt benutzt hatten, um danach zu ihren Angehörigen ins Ausland überzusiedeln. Der Zwang zur Zusammenarbeit der einzelnen kleinen jüdischen Gemeinden führte schließlich 1953 zum Zusammenschluss der drei Gemeinden Bochum – Herne – Recklinghausen. Zentrum wurde Recklinghausen: Hier war das alte Gemeindehaus an die Gemeinde zurückgegeben worden. Die Bemühungen Vollmanns, auch in Bochum als Ersatz für den früheren Immobilienbesitz der Gemeinde entsprechende Renditeobjekte zu erhalten, scheiterten. Dabei sind die Vorgänge in Bochum ein Spiegel der oben skizzierten nationalen und internationalen Auseinandersetzung um die Rückerstattung des Eigentums der alten jüdischen Gemeinden.

Zunächst aber ein kleiner Rückblick auf die Vorgänge in den Jahren 1938 und 1939.

Im Zusammenhang mit den sogenannten *Wiedergutmachungsverfahren* um den jüdischen Gemeindebesitz in Bochum erklärte ein Herr Kunzke, er war 1938/39 Sparkassendirektor in Bochum, zunächst, dass alle Akten aus den Jahren 1938/39 durch Fliegerangriffe verloren gegangen seien. Aus dem Gedächtnis gab er am 18. Februar 1948 mündlich zu Protokoll:

Nach der Zerstörung der Synagoge und Schule bot die Jüdische Gemeinde – vertreten durch Herrn Rosenberg, Neustraße, und Dr. Rosenbaum, Rechtsanwalt und Notar – der Sparkasse das Grundstück an. Sie brauchten Geld für ein

neues Heim. Den Preisforderungen der Gemeinde wurde entsprochen. Die Sparkasse erlaubte Versammlungen der Gemeinde in dem noch erhaltenen Raum der Schule, der jüdische Hausmeister durfte bis auf weiteres im Haus wohnen.

Es fällt auf, dass die Erinnerung von Herrn Kutzke nur stimmt, wenn die Sparkasse in einem positiven Licht erscheint: Ein wiederhergestellter Raum der Schule durfte weiterhin als Klassenraum bzw. Gebetsraum genutzt werden. Auch der Hausmeister durfte vorläufig weiter in dem Schulgebäude wohnen. Es mag sein, dass man auch mit den Herren Rosenberg und Dr. Rosenbaum gesprochen hat, handlungsfähig waren diese Vertreter der jüdischen Gemeinde aber nicht mehr. Auch gab es einen außerhalb der Gemeinde akzeptierten Vorstand der Gemeinde nicht mehr. Wie aus überlieferten Akten hervorgeht, war zum Vorstand der jüdischen Gemeinde gerichtlich der nichtjüdische Kaufmann und Grundstücksmakler Adolf Ratte aus Bochum, Diekampstraße 31, bestellt worden.

Er vertrat die Gemeinde, als am 25. März 1939 vor dem Rechtsanwalt und Notar Dr. Pean das Gelände Wilhelmstraße 16/18 an die Stadt Bochum und die Sparkasse zum Preis von 53 267 RM verkauft wurde. Das entsprach in etwa dem damaligen Einheitswert von 53 300 RM. Es war ja damals so, dass Juden für die von ihnen i.d.R. zwangsweise veräußerten Immobilien nicht der Marktwert, sondern höchstens der Einheitswert gezahlt werden durfte. So auch hier. Die Stadt wurde durch den Stadtarchitekten Carl Krahl vertreten, die Sparkasse durch den Bürgermeister Dr. Franz Geyer und den Sparkassendirektor Kunzke. Oberbürgermeister Dr. Piclum genehmigte diesen Vertrag am 27. Mai 1939 auf Grund der Paragraphen 8 und 9 der Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens vom 3. Dezember 1938.

Ratte vertrat die jüdische Gemeinde auch, als am 23. Mai 1939 vor dem Rechtsanwalt und Notar Dr. Klarsfeld in Bochum das der Gemeinde gehörende sogenannte Casino in

der Düppelsraße 1 an den Metzgermeister Karl Herberholz, Bochum, Wittener Straße 68 für 15 000 RM verkauft wurde. Dieser Vertrag wurde am 14. Juli 1939 von Oberbürgermeister Piclum genehmigt, allerdings mit der *Auflage, dass das auf dem Grundstück stehende ausgebrannte Gebäude abgebrochen und der Platz eingeebnet wird.* Das Casino war – ebenso wie Synagoge und Schule – in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1939 verwüstet worden.

Am Kriegsende waren als Eigentümer des Grundstückes Wilhelmstraße 16 und 18 die Stadt Bochum und die Sparkasse Bochum im Grundbuch eingetragen. Synagoge und Schule standen zu diesem Zeitpunkt längst nicht mehr: Die Trümmer der Synagoge waren bereits Anfang 1939 beseitigt, die Schule war bei einem Bombenangriff im Jahre 1943 zerstört worden.

Die Situation von Herrn Vollmann, dem Vorsitzenden der jüdischen Bochumer Nachkriegsgemeinde, war schwierig. Einerseits hatte er sich zunehmend mit Vorwürfen von Mitgliedern der alten jüdischen Gemeinde auseinander zu setzen, die überlebt hatten und nicht nach Bochum zurückgekehrt waren. So schrieb zum Beispiel Berta Pander, deren Mann in Auschwitz ermordet worden war, die selbst mit ihrer Tochter Theresienstadt überlebt hatte und jetzt in Chicago lebte, Vollmann am 22. Januar 1949:

Wenn ich auch keine Beschädigtenrente hier bekomme, bin ich froh hier in USA zu sein. Ich wäre nie nach Bochum zurückgegangen, wenn man mir auch Gutes versprochen hätte. Mit einem Volk, das mir und meiner ganzen Familie so viel Leid angetan hat, will ich nichts gemeinsam haben.

Und Sie schloss:

Ist in Bochum wieder so großer Antisemitismus?

Billa Speier, die Mitte der dreißiger Jahre nach Palästina ausgewandert, deren Bruder Hermann Simons mit Frau Sophie und Tocher Ellen 1942 von Bochum nach Zamosz

deportiert und ermordet worden war, schrieb am 8. Mai 1950:
Mir tut es leid um jeden Juden, der noch in Deutschland lebt und den Weg nach hier nicht findet. Lieber hier trockenes Brot als dort im Allerbesten schwelgen.

Andererseits musste Vollmann sich mit JTC auseinandersetzen, die ihrerseits Anspruch auf Ersatz für das alte Gemeindeeigentum anmeldete. Zunächst ging es um die Stellung einer Ersatzimmobilie, die Vollmann als Renditeobjekt, JTC zum Verkauf haben wollte. Diskutiert wurde zunächst das Gebäude Huestraße 20, früher Wilhelmstraße 20, das Nachbargebäude der jüdischen Schule, welches früher der NSDAP gehört hatte. Dieses Gebäude war zunächst an das Land NRW gegangen, die es dann als Tauschgrundstück für die Hildegardisschule an die Stadt Bochum übergeben hatte, die es wiederum an die Bank für Gemeinwirtschaft einschließlich 219 qm Synagogengelände verkauft hatte. Verhandelt wurde dann zwischen Stadt und Vollmann bzw. JTC über das Gebäude Kortumstraße 22. Dabei handelte es sich um ein um 1900 gebautes Gasthaus und Hotel, das im Krieg zerstört, 1951 aber wieder aufgebaut worden war. In dem Gebäude befanden sich jetzt zwei Textilgeschäfte, ein Uhrengroßhandel, eine Facharztpraxis und das Büro der Bochumer Heimstätten-GmbH. Der Gesamtwert der Immobilie wurde mit 143 000 DM beziffert, die Mieteinnahmen betragen jährlich 8 580 DM. Vollmann als Vertreter der Jüdischen Gemeinde beharrte darauf, das Gebäude als Renditeobjekt für die Gemeinde zu beanspruchen Und JTC blieb bei seiner Position, gestützt durch die internationalen Vereinbarungen. Siegbert Vollmann starb am 25. Juli 1954. Und kurz danach kam Bewegung in die Angelegenheit. Aus einem Schreiben des Bochumer Oberstadtdirektors Adam vom 22. Februar 1955 an das Wiedergutmachungsamt beim Landgericht Bochum geht hervor, dass die Stadt wohl gerne Vollmann gefolgt wäre:

Vollmann wollte immer für die Synagogengemeinde ein

Renditeobjekt haben. Da Vollmann inzwischen gestorben ist, will die Stadt jetzt mit Jewish Trust einen Vergleich schließen. Laut einer Aufstellung des Liegenschaftsamtes vom 7. März 1955 umfasste das Grundstück Huestraße 16/18 (früher Wilhelmstraße 16/18) sechs Flurstücke mit insgesamt 1834 qm. Davon waren bereits zwei Flurstücke mit 432 qm von der Stadt Bochum an die Bank für Gemeinwirtschaft für 40 000 DM verkauft worden. Das Geld lag auf einem Konto der Sparkasse. JTC verzichtete auf die Rückübertragung der noch verbliebenen 1402 qm gegen Zahlung von 160 DM pro qm.

Das Wiedergutmachungsamt beim Landgericht Bochum fasste am 9. März 1955 folgenden Beschluss, wobei der nach Bochum zurückgekehrte Rechtsanwalt Dr. Rawitzki die jüdische Gemeinde vertreten hatte:

Die Stadt Bochum zahlt an JTC bis 1. Juli 1955 210 000 DM, zusätzlich 2 826,50 DM Anwaltskosten. Zugleich geht das Geld für das Grundstück, das an die Bank für Gemeinwirtschaft verkauft worden war – ca. 40 000 DM – ebenfalls an JTC.

Die Stadtvertreterversammlung stimmte am 14. Juni 1955 diesem Vergleich zu.

Am Ende der Akte findet man eine Kostenaufstellung der Stadt vom 19. Juli 1955, die dem getroffenen Vergleich entspricht.

Wie wir oben gesehen haben, wurde ein Teil dieses Geldes in einen Gemeindefonds eingezahlt, über dessen Verteilung eine eigens gegründete Treuhandgesellschaft, der *Jüdische Gemeindefonds Nordwestdeutschland*, entschied. Dieses Geld sollte nicht an einzelne Gemeinden oder Landesverbände, sondern an einzelne notleidende Gemeindeglieder ausbezahlt werden.

In den Akten der jüdischen Gemeinde aus der Nachkriegszeit gibt es einige Listen, die darauf hinweisen, dass Ende 1954/Anfang 1955 solche Zahlungen an einzelne Gemeindeglieder geleistet worden sind.

(Hubert Schneider)

Neue Bücher

Hubert Schneider: Die „Entjudung“ des Wohnraums – „Judenhäuser“ in Bochum, . Die Geschichte der Gebäude und ihrer Bewohner. LIT VERLAG Dr. W. Hopf Berlin 2010 (ISBN 978-3-643-10828-9), 475 S., 29,90 Euro

Zur Nachahmung empfohlen! Heraus mit den Juden aus den guten und billigen Wohnungen!

Mit dieser populistischen Kampfpapole der Nationalsozialisten aus dem Jahre 1939 begann die systematische Vertreibung der österreichischen und deutschen Juden aus ihren angestammten Wohnungen. Hinter dieser Politik standen nicht nur ideologische Prinzipien, sondern auch handfeste materielle Interessen. Viele Nichtjuden profitierten davon. Die Räumung der Wohnungen, die Einrichtung von sogenannten *Judenhäusern* war überdies die erste Station des Weges, der über die Separierung und die Deportation zur Vernichtung führte.

In Bochum wurden ab 1939 zehn dieser *Judenhäuser* errichtet. In ihnen wurden nachweislich ca. 100 jüdische Familie vor ihrer Deportation in die Konzentrations- und Vernichtungslager zusammengepfercht. Deren Geschichten werden in diesem Buch erzählt.

Die Darstellung der sogenannten *Arisierungs-* und *Wiedergutmachungspolitik* im Allgemeinen und deren Umsetzung in Bochum ordnet diese einzelnen Geschichten in den größeren historischen Kontext ein.

(Hubert Schneider)

IMPRESSUM

Herausgegeben von

ERINNERN FÜR DIE ZUKUNFT E.V.

Redaktionelle Leitung:

Ingrid Schneider
Dr. Fabian Andor

Anschrift:
ERINNERN FÜR DIE ZUKUNFT E.V.

c/o Dr. Hubert Schneider
Auf dem Aspei 63
44801 Bochum

E-Mail: hubert.schneider@rub.de
Internet: www.erinnern-fuer-die-zukunft.de

Schana Tova

Zu Rosch Haschana 5771

wünschen wir

allen Freunden und

Förderern

im In- und Ausland

Gesundheit

sowie

ein glückliches

und

friedvolles neues Jahr.